

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

01
26

Séance du conseil communal du 22.01.2026

DE

Gemeinderatssitzung
vom 22. Januar 2026

P04

FR

Séance du conseil communal
du 22 janvier 2026

P18

EN

Municipal Council meeting
of 22 January 2026

P31



1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Letzebuerg

PacteClimat
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



AREND Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 22. Januar 2026

TAGESORDNUNG

1. **Bestätigung mehrerer zeitlich befristeter Verkehrsreglements.**
2. **Verabschiedung eines Reglements über eine kommunale finanzielle Beihilfe zur Entsiegelung.**
3. **Ernennungen und Rücktritte in den lokalen Kommissionen.**
4. **Genehmigung eines Mietvertrags.**
5. **Annahme der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen 2023 und 2024 des Seniorenheims RIEDGEN.**
6. **Genehmigung einer Vereinbarung mit dem Roten Kreuz im Rahmen des Projektes LOFT.**
7. **Genehmigung einer Vereinbarung mit dem Roten Kreuz im Rahmen des Projekts NATURE.**
8. **Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung „MAISON RELAIS“ für das Jahr 2026**
9. **Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung CRECHE PESCHER für das Jahr 2026.**
10. **Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung SOZIALAMT (OFFICE SOCIAL) für das Jahr 2026.**
11. **Genehmigung der ONIS-Vereinbarung für das Jahr 2026.**
12. **Verabschiedung einer Gebührenverordnung (Règlement-taxe) für die Nutzung des Getränkestandes („Buvette“) und des Fräiheitsbam.**
13. **Verabschiedung einer Gebührenordnung (Règlement-taxe) für die Teilnahme an Kunstkursen.**
14. **Urbanismus:**
 - a) **Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts**
 - b) **Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur punktuellen Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans PAG „RUE DE L'INDUSTRIE – RUE DU CIMETIERE“**
15. **Verschiedenes**
16. **Personalangelegenheiten:**
 - a) **Beschluss über einen Antrag auf Verkürzung der Einarbeitungszeit**
 - b) **Änderung des Reglements zur Entschädigung bei Kassenfehlbeträgen**
 - c) **Beschluss über einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Lise Jørgensen (DP), Mitglied des Gemeinderats.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Sitzung des Gemeinderats vom 22. Januar 2026 und heißt alle anwesenden Mitglieder willkommen. Er erklärt, dass Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) verhindert ist und Daniel Thein (DP) eine Stimmrechtsvollmacht erteilt hat.

1. **Bestätigung mehrerer zeitlich befristeter Verkehrsreglements.**

Die Sitzung des Gemeinderates beginnt mit einem Tagesordnungspunkt zum Thema Verkehr. Mehrere zeitlich befristete Reglements, welche zur punktuellen Anpassung der Verkehrsführung auf dem Gemeindegebiet eingeführt wurden, liegen zur Bestätigung vor.

Diese Maßnahmen werden ohne ausführlichere Diskussion zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

2. **Verabschiedung eines Reglements über eine kommunale finanzielle Beihilfe zur Entsiegelung.**

Schöffin Maryse Bestgen (déi gréng) stellt ein neues kommunales Förderprogramm zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Reduzierung der versiegelten Bodenflächen vor. Sie erklärt, dass das Verfahren in zwei Etappen abläuft: in einer ersten Phase wird der Antrag gestellt, der vom technischen Dienst anhand von Plänen, Bepflanzungslisten und Fotos des Ist-Zustands

geprüft wird, dann folgt, nach Abschluss der Arbeiten und gegen Vorlage der Rechnungen sowie neuer Fotos, die Phase der Auszahlung. Die Gemeinde behält sich zudem das Recht vor, Kontrollen vor Ort durchzuführen.

Es werden drei Arten von Beihilfen angeboten. Die erste bezieht sich auf die Entsiegelung versiegelter Flächen und sieht eine Beihilfe von 100 € pro Quadratmeter vor, wobei die Obergrenze bei 1.000 € für ein Einfamilienhaus und 2.500 € für ein Mehrfamilienhaus liegt, vorausgesetzt, dass mindestens drei Quadratmeter und 50 % der betroffenen Fläche entsiegelt werden.

Die zweite Beihilfe wird für die Neugestaltung von Schottergärten in naturnahe Gärten mit einheimischen Pflanzen gewährt: Sie deckt 50 % der Kosten für Saatgut und Anpflanzungen, wobei die Höchstbeträge unterschiedlich sind, je nachdem, ob die Arbeiten von Privatpersonen oder von gewerblichen Unternehmen durchgeführt werden.

Schließlich ist eine dritte Beihilfe für den Bau von Trockenmauern vorgesehen, bei der bis zu 15 % der Kosten bezuschusst werden, maximal jedoch 700 €, sofern das Bauprojekt bestimmte Größenvorgaben einhält und mindestens zehn Jahre lang erhalten bleibt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Ansicht, dass das Reglement zwar vom Grundsatz her sinnvoll ist, für den Durchschnittsbürger jedoch zu komplex und einer leichter verständlichen Darstellung bedarf, insbesondere was das Formular angeht. Sie fragt sich zudem, wieso manche Maßnahmen nicht in Betracht kommen, wie etwa die vom CIGL durchgeführten Arbeiten, und erkundigt sich nach der Herkunft des Saatguts.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass es sich beim Saatgut lediglich um einheimische Pflanzen handeln muss, die nicht unbedingt von einem bestimmten Anbieter stammen müssen, und betont, dass bestimmte Leistungen des CIGL ohnehin bereits indirekt subventioniert werden.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) seinerseits wirft eher technische Fragen auf. Dabei geht es insbesondere um die Einstufung von Flächen, die nicht eindeutig einer bestimmten Kategorie zugeordnet werden können,

wie begrünte Plattensteine oder teilweise begrünte Dächer. Der Bürgermeister räumt ein, dass bei einigen Fällen eine Einzelfallprüfung notwendig sein wird, da das Reglement nicht alle denkbaren Konstellationen abdecken kann. Er geht aber davon aus, dass dies eher selten vorkommen wird.

Ungeachtet dieser Anmerkungen herrscht Einigkeit darüber, was den Grundsatz angeht, die Entsiegelung und die Begrünung zu fördern. Daher beschließt der Gemeinderat, das Reglement in der vorliegenden Form zu verabschieden.

Das Reglement wird einstimmig angenommen.

3. Ernennungen und Rücktritte in den lokalen Kommissionen.

Der Gemeinderat nimmt anschließend mehrere Änderungen hinsichtlich der Zusammensetzung der lokalen Kommissionen vor.

Zunächst wird vorgeschlagen, den Sportkoordinator in die Kommission für Sport und lokale Vereine aufzunehmen. Dieser Vorschlag wird zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig angenommen.

Eine zweite Änderung betrifft die Schulkommission. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) kündigt an, dass er sein Amt als Präsident aufgibt und aus der Kommission ausscheidet. Es wird vorgeschlagen, dass der Vorsitz von Schöffin Anne Arend (CSV) übernommen wird, welche ohnehin bereits Mitglied der Kommission ist. Dadurch wird ein Sitz frei, und für dessen Neubesetzung wird Guy Clees vorgeschlagen.

Über diese Änderungen wird en bloc abgestimmt und sie werden einstimmig angenommen.

4. Genehmigung eines Mietvertrags.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt anschließend einen Mietvertrag vor, bei dem es um eine außergewöhnliche soziale Situation geht. Es handelt sich um eine syrische Familie mit fünf Kindern, darunter ein schwerbehindertes Kind, die zuvor durch das Rote Kreuz in Strassen untergebracht war. Das Rote Kreuz beschränkt die Dauer der Unterbringung grundsätzlich

auf drei Jahre; danach müssen die Familien die Unterkunft verlassen. Im vorliegenden konkreten Fall erwies sich das Finden einer neuen Unterkunft als problematisch.

Ein Haus in der Rue des Prés, das kürzlich von der Gemeinde erworben wurde und für das noch keine konkrete Verwendung vorgesehen war, wurde renoviert (insbesondere die elektrischen Anlagen), um es wieder bewohnbar zu machen. Die Familie konnte somit dort untergebracht werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass eine neue Art von Mietvertrag zur Anwendung kommt, welcher den derzeitigen Praktiken der Gemeinde entspricht. Die monatliche Miete wird hierbei so festgelegt, dass sie, abhängig vom Haushaltseinkommen und der Familienzusammensetzung – insbesondere davon, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht – entsprechend angepasst wird.

Da es keine Fragen dazu gibt, wird der Vertrag zur Abstimmung vorgelegt.

Der Mietvertrag wird daraufhin vom Gemeinderat einstimmig genehmigt.

5. Annahme der Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen 2023 und 2024 des Seniorenheims RIEDGEN.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt die Jahresabschlüsse 2023 und 2024 des Seniorenheims Riedgen vor, und die Bilanz ist eindeutig: Die Defizite sind weiterhin hoch und relativ stabil. Im Jahr 2023 belaufen sie sich auf 692.000 Euro, davon entfallen etwa 256.000 Euro auf den Empfang und das Restaurant sowie 435.000 Euro auf die Wohnungen.

Im Jahr 2024 bleibt das Defizit mit 686.000 Euro in etwa gleich, wobei im Gastronomiebereich ein leichter Rückgang, bei den Wohnungen jedoch ein Anstieg zu verzeichnen ist. Diese Zahlen spiegeln eine nach wie vor bestehende, fast unveränderte Realität wider, die weiterhin besteht trotz der bereits vorgenommenen Anpassungen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die kürzlich

beschlossenen Mieterhöhungen ausdrücklich darauf abzielen, den Teil des Defizits, der auf den Wohnbereich entfällt, schrittweise zu reduzieren. Er unterstreicht jedoch auch eine grundlegendere Veränderung: Die Bewohner ziehen heute erst in höherem Alter ein, bleiben weniger lange und benötigen mehr Pflege. Diese Entscheidung, die aus Erwägungen der Menschlichkeit getroffen wurde, bringt jedoch eine zusätzliche finanzielle Belastung mit sich.

Im Restaurant- und Empfangsbereich gibt es weiterhin einstrukturelles Defizit. Bei nur etwa vierzig Wohnungen, selbst wenn die Hälfte der Bewohner vor Ort isst, reicht dies nicht aus, um eine Küche rentabel zu betreiben. Die Idee eines künftigen CIPA wird ins Spiel gebracht, als wesentliches Element, um hier eine kritische Masse zu erreichen, die zu einer Verbesserung der Situation beitragen kann.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) stellt daraufhin die Frage, wie viele Gäste von außerhalb das Restaurant besuchen dort essen. Et könne sich vorstellen, dass die Öffnung für ein breiteres Publikum dazu beitragen könnte, die Kosten gleichmäßiger zu verteilen. Der Bürgermeister erwidert dass die Besucherzahlen von außerhalb sehr gering sei, fast vernachlässigbar.

In diesem Zusammenhang erwähnt Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) die bereits sichtbaren Bemühungen, wie beispielsweise der Aushang der Speisekarte am Eingang des Parks, betont jedoch, dass dies immer noch nicht ausreichend ist. Sie fragt sich auch, welche Rolle das kürzlich eingestellte Personal spielen könnte um den Aspekt der Wirtschaftlichkeit des Restaurants stärker in den Vordergrund zu bringen.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) vertritt einen umfassenderen Ansatz und begrüßt vor allem, dass die Abrechnungen nunmehr verfügbar sind und ausgewertet werden können. Seiner Ansicht erlauben es die nun endlich vorliegenden konkreten Daten, ein besseres Verständnis für das Ausmaß des Defizits zu gewinnen und die getroffenen Maßnahmen zu bewerten.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) betont hingegen den Mangel an Kommunikation. Seiner Meinung nach wüssten zu wenige Einwohner, dass das Restaurant für

die Öffentlichkeit zugänglich ist. Er erinnert daran, dass ursprünglich geplant war, hier einen lebendigen Ort zu schaffen, einen Treffpunkt mitten im Park. Er schlägt vor, dieses Potenzial besser zu nutzen, insbesondere im Rahmen von bereits gut besuchten kommunalen Veranstaltungen.

Der Bürgermeister nimmt diese Bemerkungen zur Kenntnis und zeigt sich offen dafür, die Überlegungen hinsichtlich einer verbesserten Sichtbarkeit und Nutzung des Restaurants wieder aufzunehmen, selbst wenn dies allein nicht ausreichen werde, um das grundlegende Problem zu lösen.

Die Prüfungsberichte zu den Jahresabschlüssen 2023 und 2024 werden schließlich einstimmig angenommen.

6. Genehmigung einer Vereinbarung mit dem Roten Kreuz im Rahmen des Projektes LOFT.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt die Vereinbarung mit dem Roten Kreuz im Rahmen des Projektes LOFT vor und betont, dass es hierbei vor allem darum geht, die administrativen Modalitäten eines in der Praxis bereits gut etablierten Projekts klar zu regeln. Sie verweist darauf, dass das LOFT ein Treffpunkt für Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 18 Jahren ist. Es geht darum, einen Ort für Begegnung, Beratung und zwischenmenschliche Kontakte zu bieten. In einer Gemeinde, die durch große Vielfalt geprägt ist und in der viele Familien kein familiäres Netzwerk um sich herum haben, wird dieser Ort zu einer Art Ankerpunkt, einer behutsamen Möglichkeit, wieder Beziehungen aufzubauen.

Sie beschreibt ein Projekt, das bereits in vollem Gange ist: Zwei Erzieherinnen sind hier tätig, sie werden in Kürze in einen besser sichtbaren und eigens dafür vorgesehenen Raum umziehen und bieten zahlreiche Aktivitäten an. An einigen dieser Aktivitäten nehmen nur wenige Teilnehmer teil, andere sind ausgebucht, insbesondere die Kochworkshops oder die thematischen Veranstaltungen. Das Konzept ist auf die Familien in ihrer Gesamtheit ausgerichtet: Die Eltern nehmen teil, während die Kinder betreut oder in die Aktivitäten mit eingebunden werden. So entsteht ein Ort, der sowohl nutzbringend als auch einladend ist und wo Begegnungen ganz natürlich stattfinden.

Schöffin Anne Arend (CSV) betont zudem, dass diese Vereinbarung notwendig ist, da das Projekt nicht unter die dreiseitige Vereinbarung mit dem Staat fällt, die für die Maison relais gilt. Es handelt sich um eine kommunale Initiative, die jedes Jahr neu aufgelegt wird.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) lobt die Initiative und unterstreicht deren Bedeutung, insbesondere für junge Familien, die sich manchmal selbst überlassen fühlen. Sie betont jedoch, dass mehr Werbung für dieses Angebot gemacht werden müsse, damit auch Familien außerhalb der klassischen Strukturen daran teilnehmen können. Außerdem sei es sinnvoll, eine Zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum aufzubauen, insbesondere für Jugendliche.

Schöffin Anne Arend (CSV) bestätigt, dass diese Überlegungen schon laufen, insbesondere in Hinblick auf Info-Veranstaltungen für Jugendliche und ihre Familien angesichts der Komplexität der schulischen Bildungswege. Einige Projekte sind bereits in Vorbereitung, auch wenn deren Umsetzung noch etwas Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die Vereinbarung wird schließlich einstimmig angenommen.

7. Genehmigung einer Vereinbarung mit dem Roten Kreuz im Rahmen des Projekts NATURE.

Schöffin Anne Arend (CSV) geht anschließend auf die Vereinbarung bezüglich des „Projet Nature“ in der Maison relais ein. Hier geht es weniger um neue, offensichtliche Ausgaben als vielmehr um ein bereits bestehendes menschliches Einbringen: Zwei Personen, Herr Javier Benito und Frau Sophie Begel, betreuen das Projekt im Alltag.

Sie erklärt, dass das Projekt aus dem ausdrücklichen Wunsch heraus entstanden ist, Kindern stärker in Kontakt zur Natur zu bringen und ihnen mehr als nur geschlossene Räume anzubieten. So begleitet Herr Javier Benito jeden Tag Gruppen von Kindern bei Ausflügen in den Wald. Der Erfolg ist sofort spürbar, fast schon instinktiv: Der Bus ist immer voll besetzt, die Kinder melden sich gerne an, und das Erlebnis scheint einem tiefen inneren Bedürfnis zu entsprechen. Dennoch, betont sie, fällt diese Art von Aktivität nicht

in den vom Staat finanzierten Rahmen. Das Ministerium übernimmt die Kosten für das, was in der Maison relais angeboten wird, nicht jedoch für diese Ausflüge in den Wald. Die Gemeinde hat sich daher entschieden, diese Kostendifferenz zu übernehmen.

Frau Sophie Begel hingegen arbeitet hauptsächlich mit dem Kindergarten zusammen. Sie arbeitet eine Vielzahl von Projekten rund um das Thema Gartenarbeit, das Erkunden der Pflanzenwelt und den Rhythmus der Jahreszeiten aus. Die Schöffin berichtet voller Begeisterung von den anstehenden Projekten, insbesondere dem Bau eines Gewächshauses in der Nähe des Kindergartens, der im Haushalt berücksichtigt wird. Darauf aufbauend wird mit den Schülern des Zyklus 4 ein ehrgeizigeres Projekt in Angriff genommen: Aus Samen werden Pflanzen gezogen, die anschließend auf dem Markt verkauft werden sollen. Dieses Projekt ist ein wesentlicher Schritt nach vorne, da hier eine echte Zusammenarbeit zwischen der Maison relais und der Schule entsteht.

Die Kinder werden zudem an der Gestaltung einer vierteljährlich veröffentlichten Broschüre rund um den Garten und die Natur mitwirken, wodurch sie noch stärker mit eingebunden werden.

Doch dies ist nicht alles. Im Rahmen des Projektes gibt es auch eine Zusammenarbeit mit dem LOFT mit gemeinsamen Aktivitäten wie Workshops im Wald, Momente der Meditation oder sogar Übernachtungen im Zelt. Es geht nicht mehr nur darum, etwas über die Natur zu lernen, sondern sie gemeinsam als Familie zu erleben, und so eine Art Ursprünglichkeit wieder zu entdecken.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fügt hinzu, dass diese Vereinbarung Teil einer umfassenderen Ansatzes ist. Das Ministerium versucht zunehmend, zwischen dem Basisbetrieb von Betreuungseinrichtungen zur unterscheiden und spezifischen, von den Gemeinden ausgearbeiteten Projekten. Dies sorgt für mehr Sichtbarkeit, bedeutet aber auch, dass diese lokalen Initiativen durch separate Vereinbarungen geregelt werden müssen.

Das Projekt wird einstimmig angenommen.

8. Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung „MAISON RELAIS“ für das Jahr 2026.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt anschließend die dreiseitige Vereinbarung zur Maison relais für das Jahr 2026 vor und betont dabei gleich zu Anfang, dass es hier um beträchtliche Summen geht. Sie stellt jedoch klar, dass sich im Grunde genommen wenig ändert im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren: Der Mechanismus bleibt unverändert, mit einer Übernahme von 75 % der förderfähigen Kosten durch den Staat und 25 % durch die Gemeinde.

Sie geht auf einige konkrete Neuerungen ein. Der "Chèque-service accueil", der Betreuungsgutschein wird nun wieder direkt von der Gemeinde verwaltet, was für die Einwohner eine Erleichterung darstellt, da die Öffnungszeiten für die Inanspruchnahme dieser Dienstleistung erweitert wurden. Sie erwähnt auch die „Screen-Life-Balance“, ein Konzept, das vor Ort bereits seit mehreren Jahren zur Anwendung kommt und ein Beweis dafür ist, dass bestimmte Praktiken schon umgesetzt wurden, bevor ein nationaler Rahmen dafür vorgegeben wurde.

Ein weiterer Punkt der für sie von besonderem Interesse ist, ist das Programm „Zesommen aktiv“. Sie berichtet, dass sogar das Sportsministerium die Gemeinde gebeten hat, das von ihr auf Eigeninitiative entwickelte Modell zu erläutern. Während andere Gemeinden sportliche Aktivitäten intern in der Maison relais organisieren, ohne dabei direkt mit Sportvereinen zusammenzuarbeiten, hat Strassen einen anderen Weg eingeschlagen: Die Kinder werden in die örtlichen Vereine eingebunden. Sie tragen die Farben des Vereins, nehmen an Trainings und Spielen teil und sind voll und ganz in das Vereinsleben integriert. Dieses Modell verlangt zwar mehr Einsatz, ist aber auch stärker im Miteinander verankert und war in dieser Form von den staatlichen Fördermechanismen nicht vorhergesehen. Dies zeige deutlich, dass gewisse lokale Initiativen neue Wege aufzeigen, die im Rahmen der offiziellen Vorgaben noch nicht in Erwägung gezogen wurden.

Anschließend geht sie auf die Zahlen ein und erklärt, dass die ausgewiesenen Beträge etwas relativiert werden müssen. Selbst wenn die angekündigte Beteiligung der Gemeinde bereits mehr als zwei Millionen Euro beträgt, müssen nicht förderfähige Kosten hinzugerechnet werden, wie etwa für spezifische Projekte (LOFT, Nature), sowie höhere Kosten für die Logistik, die durch

die Aufteilung der Strukturen auf mehrere Standorte entstehen. Derzeit sind 669 Kinder angemeldet, bei einer maximalen Kapazität von 708. Der Druck ist im Bereich Vorschule besonders groß. Hier gibt es weiterhin Wartelisten, wobei Familien, die am meisten Unterstützung benötigen, vorrangig behandelt werden.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) begrüßt dieses System der Priorisierung. Er verweist darauf, dass die Gemeinde auch eine Verantwortung trägt, wenn es darum geht, Familien ein ausgewogenes Leben zu ermöglichen und dass die Maison relais nicht die Rolle der Eltern übernehmen sollte, sofern sich dies vermeiden lässt.

Schöffin Anne Arend (CSV) pflichtet ihm bei. Sie betont dies auch gegenüber den Eltern: Nutzen Sie die Einrichtung, wenn es nötig ist, aber verbringen Sie so viel Zeit wie möglich mit den Kindern, vor allem mit den Kleinsten.

Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) kommt auf ein etwas konkreteres Thema zurück, nämlich die Lebensmittelverschwendung infolge nicht gemeldetem Fernbleiben. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass sich die Situation deutlich verbessert habe. Die Zahlen sprechen für sich: Die Gemeinde liegt nunmehr deutlich unter dem nationalen Durchschnitt, was Lebensmittelabfälle angeht – was deutlich zeigt, dass die diesbezüglichen Sensibilisierungsbemühungen Früchte tragen.

Im Rahmen der weiteren Ausführungen geht es dann um die Frage des Verhaltens der Kinder. Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt, ob das im Vorjahr eingeführte System der Disziplinarkarten nach wie vor angewendet wird und ob es sich bewährt hat. Anne Arend (CSV) bestätigt, dass es zu einer deutlichen Verbesserung gekommen ist. Es kommt mittlerweile nur noch selten zu Zwischenfällen, die stufenweisen Sanktionen ermöglichen es, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen, und vor allem decken sie manchmal tiefer gehende persönliche Zusammenhänge auf. Es handelt sich hier um ein System, bei dem es nicht nur um Strafe geht, sondern das auch dazu beiträgt, ein besseres Verständnis für die Situation zu entwickeln und die Betreuung entsprechend anzupassen.

Anschließend geht es um die Zusammenarbeit zwischen Schule und Maison relais. Gemeinderätin Mar-

tine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt einen direkteren Informationsaustausch vor, um Kinder in schwierigen Situationen besser unterstützen zu können. Schöffin Anne Arend (CSV) räumt ein, dass diese Idee sinnvoll ist, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass es diesbezüglich Grenzen gibt aufgrund der beruflichen Schweigepflicht und der Komplexität der jeweiligen individuellen Situationen.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) wendet sich schließlich der Frage der Hausaufgabenbetreuung zu. Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass es zwar ein Betreuungsangebot gebe, die Teilnahme jedoch freiwillig sei, was die Wirksamkeit dieses Angebots einschränke. Sie weist zudem darauf hin, dass sich die Erwartungshaltung der Eltern eher auf andere Aspekte als auf diesen konkreten Punkt beziehe.

Die Vereinbarung wird schließlich einstimmig angenommen.

9. Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung CRECHE PESCHER für das Jahr 2026.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt anschließend die dreiseitige Vereinbarung für die Kindertagesstätte Pescher für das Jahr 2026 vor. Sie geht sofort auf Detailfragen ein und verweist darauf, dass die Einrichtung mehrere wesentliche Aufgaben zu erfüllen hat: Inklusion fördern, auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen aufnehmen und die Mehrsprachigkeit aktiv fördern. Im lokalen Zusammenhang bedeutet dies vor allem, die Kinder an die luxemburgische Sprache heranzuführen und gleichzeitig die sprachliche Vielfalt der Familien zu respektieren.

Sie nimmt sich die Zeit, einige technische Elemente des Dokuments zu erläutern, insbesondere die Berechnung der Vollzeitäquivalente und des Referenzzeitrahmens für die Arbeitszeit. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein manchmal undurchsichtiger Mechanismus, den sie zu verdeutlichen versucht: Es handelt sich hier nicht um tatsächliche Mitarbeiterzahlen, sondern um theoretische Größen, basierend auf den Anwesenheitszeiten der Kinder. Sie erläutert, dass die Kindertagesstätte Pescher den SAS-Tarifvertrag anwendet und über etwa 16,8 Vollzeitäquivalente verfügt. Die Finanzierung folgt der üblichen Logik, wobei die Gesamtkosten bei mehr

als 2 Millionen Euro liegen. Davon werden 75 % vom Staat und 25 % von der Gemeinde getragen.

Zum Abschluss ihrer Ausführungen gibt sie einen konkreten Überblick über die aktuelle Situation: Die Kindertagesstätte betreut 64 Kinder, die auf die verschiedenen Altersgruppen verteilt sind; bislang sind darunter keine Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Das Ganze läuft also in einem stabilen Rahmen ab, ohne größere Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) ergreift daraufhin das Wort, um auf ein sehr konkretes Problem einzugehen: es gibt zu wenig Abstellplätze für Kinderwagen. Sie schildert alltägliche Szenen, bei denen Eltern, weil es an Platz mangelt, die Kinderwagen draußen festbinden, wo sie in der Kälte stehen. Sie verweist darauf, dass sie diesen Punkt schon früher einmal angesprochen habe, und betont, dass die Leitung der Kindertagesstätte offen für Lösungsansätze sei.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) bestätigt, dass die Anfrage weitergeleitet wurde und dass sie Teil der geplanten Verbesserungen ist. Sie weist darauf hin, dass für das Frühjahr einige Arbeiten geplant sind, auch wenn gewisse technische Einschränkungen weiterhin bestehen bleiben, insbesondere hinsichtlich des Eindringens von Wasser im Untergeschoss.

Gemeinderat Dan Thein (DP) geht es vor allem um die Sicherheit. Wenn der Innenbereich überfüllt ist könnten im Falle einer Evakuierung die in den Fluren abgestellten Kinderwagen Probleme verursachen.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) pflichtet ihm bei und räumt ein, dass nur sehr wenig Platz vorhanden ist und jeglicher Lösungsansatz diese Gegebenheiten mit berücksichtigen muss.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) schlägt daraufhin eine konkrete Lösung vor: es solle draußen eine Art gesicherter Box für Kinderwagen aufgestellt werden. Dies sei eine pragmatische, geradezu naheliegende Idee, die sowohl den Bedürfnissen der Eltern als auch den Sicherheitsanforderungen gerecht werden könnte.

Die Vereinbarung wird ohne Gegenstimmen einstimmig angenommen.

10. Verabschiedung der dreiseitigen Vereinbarung SOZIALAMT (OFFICE SOCIAL) für das Jahr 2026.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt anschließend die dreiseitige Vereinbarung des Sozialamtes für 2026 vor. Sie erklärt, dass die Finanzierung hier im Gegensatz zu anderen Regelungen auf einer einfachen Aufteilung beruht: eine Hälfte übernimmt der Staat, die andere Hälfte die Gemeinde. Die interne Organisation hat sich mit der Rückkehr von Frau Roxanne Moors in Teilzeit (75 %), der Beibehaltung von Frau Nathalie Feyereisen in Vollzeit und dem Neuzugang von Frau Chloé Marotta für eine weitere Halbtagsstelle leicht verändert. Hinter diesen Anpassungen verbirgt sich allerdings ein komplexerer Sachverhalt: Der Bedarf steigt, und damit auch die Arbeitslast.

Anschließend geht sie auf den täglichen Ablauf ein, insbesondere auf die zunehmende Inanspruchnahme der sozialen Direktabrechnung („tiers payant social“). Konkret bedeutet dies, dass das Amt oft hohe Summen vorstreckt, wenn Familien nicht in der Lage sind, diese sofort zu zahlen, beispielsweise bei Kosten für zahnärztliche oder medizinische Behandlungen.

Dann führt sie eine Reihe von Zahlen an. In einem Jahr gab es 256 Anträge, 667 Besuche und mehr als 1000 Verwaltungsvorgänge. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Wohnungsprobleme, finanzielle Notlagen und gesundheitliche Probleme. Sie hebt insbesondere das Thema Wohnen hervor, das den Großteil der Anträge ausmacht. Die Hilfen decken sowohl Kautionen als auch Rechnungen für Energiekosten, Lebensmittelgutscheine oder auch Ausbildungs- und Schulkosten ab.

Sie berichtet zudem von einem eindrücklichen Beispiel: eine Familie, die ein Jahr lang kein Kindergeld erhalten hatte. Dank des Eingreifens des Sozialamtes und eines Verfahrens über den Ombudsmann wurden innerhalb von zwei Wochen mehr als 10.000 Euro ausgezahlt. Es handelt sich hier um einen Fall unter vielen, der die oft wenig sichtbare, aber dennoch unverzichtbare Rolle dieser Dienststellen deutlich macht.

Schließlich geht sie auf eine noch komplexere Sachlage ein: die der Referenzadressen. Manche Menschen, die in informellen Wohngemeinschaften leben, können

sich nicht offiziell anmelden, ohne zu riskieren, dass ihre Mitbewohner den Anspruch auf bestimmte Sozialleistungen verlieren. Sie melden sich daher bei der Gemeinde in einer Art verwaltungstechnischer Grauzone an, die fragil ist und die Grenzen des Systems aufzeigt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt sich, was es mit diesen Anträgen in Zusammenhang mit Wohnraum und den Zugangsbedingungen auf sich hat: Wie kann man eine Wohnung beantragen, ohne eine reale feste Adresse zu haben? Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass nur Einwohner der Gemeinde Unterstützung erhalten können, räumt jedoch ein, dass die Situationen manchmal unübersichtlich und komplex sind, insbesondere angesichts der neuen nationalen Datenbank RENLA, die sich noch in der Anlaufphase befindet.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont, dass sich das System noch im Aufbau befindet, dass weder die Gemeinden noch der Staat vollständig einsatzbereit sind und dass alle noch dabei sind ihren Platz in diesem neuen Gefüge zu finden.

Bevor er zur Abstimmung übergeht, nimmt er sich einen Moment Zeit, um den Teams des Sozialamtes zu danken. Er betont, dass sie zunehmend vor Ort präsent sind, und deutet damit indirekt auf eine bedrückende Realität hin: die einer Prekarität, die langsam aber sicher im Herzen der Gemeinde zunimmt.

Die Vereinbarung wird einstimmig angenommen.

11. Genehmigung der ONIS-Vereinbarung für das Jahr 2026.

Zum Abschluss dieser Reihe von Vereinbarungen legt Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) die Vereinbarung mit dem ONIS für das Jahr 2026 vor und bleibt damit im Bereich Soziales.

Sie erklärt, dass die Funktionsweise im Großen und Ganzen unverändert bleibt: Die Stelle wird von Frau Aldina Ganeto besetzt, deren Gehalt im Rahmen der ONIS-Regelung übernommen wird. Allerdings ist in Zusammenhang mit der Indexierung und dem SAS-Kollektivvertrag eine Erhöhung um 8,8 % vorgesehen,

ein Zeichen dafür, dass es sich hier um einen gut strukturierten und solide regulierten Sektor handelt.

Doch schon bald wendet sie sich von den administrativen Abläufen ab und spricht über die gelebte Praxis. Sie betont die Qualität der geleisteten Arbeit: Frau Aldina Ganeto betreut derzeit 48 Fälle in 20 Wochenstunden, während der nationale Durchschnitt bei 90 Fällen pro Vollzeitstelle liegt. Mit anderen Worten: Ihr Arbeitsvolumen übertrifft bereits die Erwartungen an eine Vollzeitstelle.

Anschließend erläutert sie die eingeführten Unterstützungsmaßnahmen. Einige Begünstigte nehmen an Stabilisierungsmaßnahmen teil, bei denen sie sich Schritt für Schritt auf einen Neuanfang vorbereiten – mit Sprachkursen, Schulungen und indem sie neues Selbstvertrauen aufbauen. Andere beteiligen sich an gemeinnützigen Arbeiten und finden so wieder einen Rhythmus, einen Platz und ihre Würde. Die Profile sind sehr unterschiedlich: alleinstehende Frauen, Alleinerziehende, Paare, alleinstehende Männer.

Sie erwähnt zudem die Vermittlungen in unterschiedliche Strukturen – Vereine, öffentliche Einrichtungen, Stiftungen, die allesamt Brücken zu einer schrittweisen Wiedereingliederung darstellen. Und dann die zugrundeliegenden nationalen Statistiken: mehr als 6.600 REVIS-Empfänger in unterschiedlichen Lebenslagen – Personen, die nicht erwerbsfähig sind, von der ADEM betreute Leistungsempfänger oder vom ONIS betreute Personen. Die Tatsache, dass die am häufigsten vertretene Altersgruppe die 35- bis 44-Jährigen sind, weist auf eine Fragilität hin, die mitten im Erwerbsleben zuschlägt.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bringt die Vereinbarung zur Abstimmung. Sie wird einstimmig angenommen.

12. Verabschiedung einer Gebührenverordnung (Règlement-taxe) für die Nutzung des Getränkestandes („Buvette“) und des Fräiheetsbam.

Schöffin Anne Arend (CSV) bringt einen sehr pragmatischen Punkt zur Sprache: endlich feste Tarife für die Nutzung zweier kommunaler Einrichtungen festzulegen, die sich derzeit im Umbruch befinden – die ehemalige Gaststätte „Al Buvette“ und das Chalet „Beim Fräiheetsbam“.

Sie erklärt, dass dies Teil einer umfassenderen, derzeit laufenden Maßnahme ist: der Ausarbeitung eines umfassenden Reglements, das für alle kommunalen Gebäude gilt. Da jedoch bereits erste Reservierungsanfragen eingegangen sind, war es notwendig, unverzüglich zu handeln. Bevor also ein vollständig ausgearbeitetes Reglement vorliegt, braucht es zumindest einen Preis, eine Basis, eine einfache Regel, um nicht auf Sicht fahren zu müssen.

Die Idee liegt auf der Hand: „All-inclusive“-Pakete anbieten. Für die ehemalige Gaststätte des FC UNA, „Al Buvette“, beträgt der Preis 300 Euro, zuzüglich einer Kautions von 500 Euro. Die Räumlichkeiten werden mit Geschirr und Möbeln zur Verfügung gestellt, und die Reinigung am Tag danach ist im Preis inbegriffen. Die gleiche Logik gilt für das Chalet „Beim Fräiheetsbam“, allerdings zu einem anderen Preis: 800 Euro Miete und 1.000 Euro Kautions. Letztere ist höher angesetzt, um sicherzustellen, dass die Örtlichkeiten in ordentlichem Zustand gehalten werden. Wenn die Räumlichkeiten nicht aufgeräumt und sauber hinterlassen werden, behält sich die Gemeinde das Recht vor, einen Teil des Betrags einzubehalten.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) begrüßt die Initiative und betont, dass die Tarife durchaus realistisch sind, insbesondere für das Chalet Beim Fräiheetsbam. Seiner Ansicht nach entsprechen sie den marktüblichen Preisen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt klar, dass diese Tarife für alle gelten, ohne individuell gewährte Ausnahmen. Er betont zudem die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zu wahren: Eine übermäßige Kommerzialisierung der Räumlichkeiten soll vermieden werden. Das Ziel besteht nicht darin, diese Räumlichkeiten in ständig vermietete Säle zu verwandeln, sondern darin, deren Beschaulichkeit und lokale Bedeutung zu bewahren, wobei Einwohner der Gemeinde Vorrang haben.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) wirft daraufhin eine Frage zur Flexibilität der Öffnungszeiten auf, insbesondere am Wochenende. Sie erwähnt junge Familien, die in einer Wohnung leben und oft wenig Platz haben und nach Räumlichkeiten für Kindergeburtstage suchen. Die vorgeschlagenen Öffnungszeiten –

insbesondere erst ab 16 Uhr – könnten für diese Art der Nutzung zu restriktiv sein.

Der Bürgermeister zeigt sich diesbezüglich flexibel: Die festgelegten Regeln dienen als Grundlage, aber je nach Sachlage sind Anpassungen möglich. Alles hängt von der Art der Veranstaltung und vom Kontext ab.

Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass die Anfangszeit um 16:00 Uhr vor allem für Wochentage gilt, damit tagsüber die Möglichkeit besteht, den Ort für andere Zwecke zu nutzen, insbesondere für schulische oder Vereinsaktivitäten. Am Wochenende hingegen gibt es noch eher Spielraum für mögliche Anpassungen.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) bestätigt dies anhand eines konkreten Beispiels: Eine Bekannte von ihr suchte gerade nach Räumlichkeiten für eine Kindergeburtstagsfeier und ihr wurde mitgeteilt, dass die Gemeinde keine Säle vermiete. Eine Antwort, die im aktuellen Kontext nicht mehr ganz zutreffend ist. Sie fordert daher mehr Transparenz und Flexibilität, insbesondere für Familien.

Schöffin Anne Arend (CSV) räumt ein, dass man sich noch in einer Übergangsphase befindet: Die Verfahren sind neu, die Dienststellen müssen sich noch darauf einstellen, und der Informationsfluss ist noch nicht optimal. Anträge müssen künftig über den Kulturdienst mit festen Ansprechpartnern laufen.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) schließt mit einer optimistischeren Note und freut sich bereits auf künftige Veranstaltungen – vielleicht sogar Festivals – die im Chalet Beim Fräiheetsbam stattfinden könnten.

Der Bürgermeister dämpft die Vorfreude mit einem Lächeln: Alles müsse erst noch genehmigt werden. Der Punkt wird anschließend zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

13. Verabschiedung einer Gebührenordnung (Règlement-taxe) für die Teilnahme an Kunstkursen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet anschließend den Punkt ein, der sich mit einem Kulturangebot

befasst, das immer vielfältiger wird und über den gewohnten Rahmen hinausgeht.

Bislang beschränkten sich die von der Gemeinde angebotenen künstlerischen Aktivitäten im Wesentlichen auf Kursangebote für Erwachsene, deren Organisation bereits fest etabliert war. Doch es entstehen neue Formate, die flexibler und dynamischer sind – offene Ateliers, insbesondere im Haff Schmit, sowie punktuelle Workshops, die sich nicht in die klassischen Kategorien einordnen lassen.

Es ging also darum, eine Lücke zu schließen: eine einfache Gebührenstruktur zu schaffen, die diesen neuen Angeboten gerecht werden konnte. Der Vorschlag: 10 Euro pro Stunde. Zwei Stunden kosten 20 Euro, fünf Stunden 50 Euro.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) hat keine Einwände gegen den Grundsatz – im Gegenteil, er befürwortet die Maßnahme. Doch er spricht ein immer wiederkehrendes Anliegen an: den Gesamtüberblick. Da immer mehr Gebührenordnungen hinzugefügt werden, sobald neue Punkte hinzukommen, befürchtet er einen Verlust an Übersichtlichkeit, eine Anhäufung ohne Berücksichtigung des Gesamtbildes. Er fordert daher, dass eine vollständige Liste sämtlicher bestehender Reglements erstellt wird, damit die Kohärenz gewahrt bleibt und nichts übersehen wird.

Der Bürgermeister stimmt zu, und der Punkt wird einstimmig angenommen.

14. Urbanismus:

a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt ein Grundstück in der neuen Wohnsiedlung in der Rue Henri Lehen im Val des Roses vor. Es handelt sich um eine Parzelle von 3,28 Ar, die für rund 852.000 Euro zum Verkauf angeboten wird.

Die Gemeinde verfügt über ein Vorkaufsrecht, doch gibt es für dieses Grundstück keine konkreten Pläne. Unter diesen Umständen schlägt das Schöffenkolegium vor, nicht von dem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen.

Es werden keine Fragen gestellt. Der Beschluss, das Vorkaufsrecht nicht auszuüben, wird einstimmig angenommen.

b) Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur punktuellen Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans PAG „RUE DE L'INDUSTRIE – RUE DU CIMETIERE“

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass es sich um ein Gebiet handelt, das derzeit als Gewerbegebiet ausgewiesen ist, in dem bislang nur gewerbliche Tätigkeiten erlaubt waren. Diese Einstufung entspricht nicht mehr der gegenwärtigen Sachlage an diesem Standort, der sich nahtlos in das bestehende Stadtgebiet einfügt.

Die vorgeschlagene Änderung zielt darauf ab, diesen Bereich als Mischzone auszuweisen, wo sowohl Wohnraum als auch gewerbliche Nutzung möglich sind. Das Projekt sieht einen Mindestanteil von 25 % für Wohnraum und 10 % für nicht-wohnwirtschaftlicher Nutzungen vor, sowie die Möglichkeit, unterschiedliche Einrichtungen wie Geschäfte, Kindertagesstätten oder ein Hotel zu integrieren. Die bebaubaren Flächen bleiben unverändert, deren Nutzung wird jedoch flexibler gestaltet.

Im Rahmen dieser Neuausweisung wird die Verpflichtung eingeführt, dass 20 % der Wohnungen als erschwinglicher Wohnraum angeboten werden müssen. Die Gestaltung des Areals sieht eine Bündelung der gewerblichen Aktivitäten entlang der Rue de l'Industrie vor, während die Wohngebiete im hinteren Bereich liegen sollen, mit reduzierter Bebauungsdichte und Gebäudehöhe. Es wurde eine Verkehrsstudie durchgeführt, die zu dem Schluss gekommen ist, dass zwar mit einem Anstieg des Verkehrsaufkommens zu rechnen sei, dieses jedoch in einem vertretbaren Rahmen bleiben dürfte.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) meldet sich zu Wort und äußert ihre Vorbehalte. Sie stellt von vornherein klar, dass sie weder gegen die Entwicklung noch gegen den Wohnungsbau sei, betont jedoch die Notwendigkeit einer Sichtweise, bei der das Gesamtbild berücksichtigt wird. Sie verweist auf die Vielzahl bereits genehmigter oder laufender Projekte

und warnt vor einem raschen Bevölkerungswachstum, welches erhebliche Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur hätte, insbesondere was Schulen, Kindertagesstätten und Sportanlagen angeht.

Sie unterstreicht noch einmal, wie wichtig eine Gesamteinschätzung des Allgemeinen Bebauungsplans (PAG) ist, und schlägt vor, eine Kommission für Großprojekte ins Leben zu rufen, damit alle Mitglieder des Gemeinderates einen genauen Überblick über die aktuellen und künftigen Entwicklungen erhalten. Sie weist zudem auf ein Problem bezüglich der Gleichbehandlung der Grundstückseigentümer hin: Einige Grundstücke unterliegen weiterhin der Regelung für aufgeschobene Bebauung, was ihre Erschließung verhindert, während andere Projekte bereits vorangetrieben werden. Sie fragt, sich, ob hier das richtige Signal gesendet wird, und erwähnt sogar das Risiko rechtlicher Anfechtungen.

In seiner Erwiderung erkennt Bürgermeister Nico Pundel (CSV) an, dass die Situation äußerst komplex ist. Er weist darauf hin, dass die Einstufung als zurückgestellte Zone ("zone différée") schon immer eine heikle und teilweise willkürliche Entscheidung war, die insbesondere durch übergeordnete Vorgaben bedingt war. Er betont, dass die Gemeinde hier Entscheidungen über Privatgrundstücke trifft, was diese Angelegenheit besonders heikel macht.

Er ergänzt, dass das zur Diskussion stehende Projekt Teil eines seit mehreren Jahren laufenden Prozesses ist und kein Grundstück in einer zurückgestellten Zone betroffen ist. Seiner Ansicht nach ist die vorgeschlagene Umwidmung logisch, da der Standort bereits in das Stadtgefüge eingebunden ist. Er betont, dass es der Gemeinde nicht möglich ist, die Erschließung von Baugrundstücken auf unbestimmte Zeit zu verhindern.

Er räumt jedoch ein, dass das derzeitige Modell an seine Grenzen stößt, und verweist dabei auf den Druck, der aufgrund der nationalen politischen Maßnahmen bezüglich der Entwicklung des Umlands der Hauptstadt entsteht. Er betont, dass das Wachstum der Gemeinde weitgehend auf einer übergeordneten Ebene bestimmt wird und dass der Handlungsspielraum der Gemeinde begrenzt bleibt.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) unterstützt die Forderung nach einer ganzheitlichen Sichtweise und verweist

nachdrücklich auf die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen der Entwicklung. Er erwähnt insbesondere die notwendigen Investitionen im Bereich Infrastruktur und die Notwendigkeit des Erhalts der Lebensqualität. Er fordert eine bessere Abstimmung mit den Ministerien, vor allem im Bereich Mobilität.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass ein Austausch mit den Ministerien stattdessen stattfinden, räumt jedoch ein, dass dessen Ergebnisse jedoch nicht immer den Erwartungen entsprechen. Er bestätigt, dass eine umfassende Präsentation der Projekte organisiert werde, um einen Überblick über die kommunale Entwicklung zu geben.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) stellt eine technische Frage hinsichtlich der vorhandenen Anlagen auf dem Gelände, insbesondere den ehemaligen Speichertanks. Der Bürgermeister bestätigt, dass bestimmte Aktivitäten eingestellt wurden und dass dies die künftige Entwicklung des Geländes vereinfacht.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) erkundigt sich danach, wie es weitergehen soll mit den Firmen, die derzeit dort angesiedelt sind. Der Bürgermeister erklärt, dass einige Aktivitäten bereits rückläufig sind oder auf Mietbasis betrieben werden und dass die Entwicklungen schrittweise erfolgen werden, je nachdem, was die Eigentümer entscheiden und welche Möglichkeiten sich ergeben.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) kommt auf die Frage nach der Fortsetzung der gewerblichen Aktivitäten zurück und fragt, ob die Gemeinde über Zonen verfügt, in welche die Unternehmen ihre Standorte verlegen können. Der Bürgermeister erwähnt diesbezüglich weitere im Aufbau befindliche Gebiete, die für gewerbliche Aktivitäten bestimmt sind, wobei er klarstellt, dass es sich dabei nicht um große Industriebetriebe, sondern vielmehr um kleine und mittlere Unternehmen handeln werde.

Schlussfolgernd sagt der Bürgermeister, dass er trotz der geäußerten Vorbehalte und der Forderungen nach einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem Thema am Vorschlag zur Einleitung des Verfahrens festhält, da eine Verschiebung seiner Ansicht nach nichts Grundlegendes in dieser Angelegenheit ändern würde.

Die Einleitung des Verfahrens zur punktuellen Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans wird einstimmig beschlossen.

15. Verschiedenes.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) wirft unter Bezugnahme auf den jüngst in Crans-Montana stattgefundenen Brand eine Frage zum Brandschutz auf, nämlich wie die Zuständigkeiten im Bereich Brandschutz verteilt sind, insbesondere bei kommunalen Gebäuden, die an private Betreiber vermietet sind, oder in privaten Einrichtungen, die sich auf gemeindeeigenen Grundstücken befinden. Er fragt, ob hier die Gemeinde zuständig ist oder andere Stellen wie das ITM.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass bei Einrichtungen der Gemeinde der Sicherheitsbeauftragte für die Erstellung der erforderlichen Pläne zuständig ist. Das Schöffengericht gibt somit die operative Verantwortung ab. Diese liegt dann bei den Betreibern vor Ort. Bei privaten Einrichtungen läge die Verantwortung nach Erteilung der Genehmigungen und Erstkontrollen in erster Linie bei den Betreibern selbst. Er ergänzt, dass die Gemeinde keine generelle Verpflichtung zur ständigen Kontrolle hat, es sei denn, es wird eine offenkundige Gefahrenlage festgestellt.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) schließt sich diesen Erwägungen an. Er schlägt vor, dass die Gemeinde hier klar Stellung bezieht und den Einsatz von Feuerwerkskörpern in kommunalen Gebäuden verbietet, insbesondere an den eben erwähnten Orten wie der ehemaligen Gaststätte „Al Buvette“ oder dem Chalet „Beim Fräiheitsbäum“. Er schlägt zudem vor, diese Maßnahme auf private Einrichtungen auszuweiten, die auf kommunalem Grund betrieben werden, um so die Sicherheitslage zu verbessern und ein klares Signal an die Bevölkerung zu senden.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) geht auf die Trauerfeiern im Kulturzentrum Paul Barblé ein. Er betont, dass die derzeitige und künftige Kapazität der Leichenhalle begrenzt ist, was bei bestimmten Trauerfeiern mit einer größeren Zahl an Teilnehmern zu Problemen führen könne. Er erkundigt sich, ob vielleicht organisatorische Lösungen in Betracht gezogen werden

könnten, indem beispielsweise bestimmte Zeitfenster im Kulturzentrum reserviert werden.

Bürgermeister Nico Pundel erwidert, dass bisher immer problemlos von Fall zu Fall Lösungen gefunden worden seien. Er weist darauf hin, dass nicht geplant sei, dieses Verfahren weiter zu formalisieren, da die derzeitige Flexibilität seiner Ansicht nach ausreiche, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) geht auf mehrere Punkte ein. Zunächst macht sie auf eine Situation in der Route d'Arlon aufmerksam, wo es um Verkehrssicherheit geht. Es handelt sich um eine Bushaltestelle, die verlegt wurde und bei der es keinen Fußgängerübergang in der Nähe gibt. Sie weist auf die Risiken für die Verkehrsteilnehmer hin, insbesondere für Kinder und ältere Menschen, und fordert, dass man diesbezüglich bei den Ponts et Chaussées, dem Straßenbauamt, interveniert.

Dann kommt sie auf einen Vorschlag der Jugendkommission zu sprechen, bei dem es um den Besuch der europäischen Institutionen geht. Sie schlägt stattdessen das Zentrum „Europa Experience“ auf Kirchberg vor, das leichter zu erreichen ist.

Schließlich geht sie auf das Thema SIGI ein und hinterfragt die steigenden Kosten und den Personalzuwachs sowie die mangelnde Transparenz bei bestimmten Entscheidungen (Neuschaffung von Stellen, Prämien, Zulagen).

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass auch er hinsichtlich der Funktionsweise des SIGI gewisse Bedenken hege. Er erwähnt, dass er diesbezüglich Gespräche aufgenommen habe, und betont einen Mangel an Klarheit, was die strategische Ausrichtung des Syndikats angeht.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) bestätigt, dass die Mitglieder des Vorstands im Vorfeld nicht über einige der kürzlich getroffenen Entscheidungen informiert wurden, insbesondere was die Schaffung der Stelle eines stellvertretenden Direktors angeht. Er erklärt jedoch, dass das SIGI derzeit bestrebt sei, bestimmte zuvor ausgelagerte Kompetenzen wieder intern zu übernehmen, was den Personalzuwachs erklären könnte. Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) spricht

ein konkretes Problem an: Mitarbeiter der Maison relais versammeln sich während ihrer Pausen vor einer Bäckerei, um dort zu rauchen. Das führt zu einer Situation, die als unangemessen empfunden wird. Sie schlägt vor, einen spezifische Ort vorzusehen, wo diese Personen hingehen könnten.

Der Bürgermeister räumt ein, dass es sich hier um eine schwierige Angelegenheit handelt für die bis jetzt noch keine gute Lösung gefunden wurde.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) kommt zunächst auf ein Gespräch mit dem Ministerium für Mobilität zurück und fragt, ob man bei dieser Gelegenheit auch die Möglichkeit hatte, das Thema Route d'Arlon anzusprechen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) verneint dies und erklärt, dass die Gespräche wenig konstruktiv verlaufen seien, da die Dienststellen des Ministeriums angaben, in mehreren Fragen keinerlei Fortschritte erzielt zu haben, insbesondere was das Straßenbahnprojekt und die Radverkehrsinfrastruktur angeht. Es gab wenig konkrete Fortschritte.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) drängt darauf, den staatlichen Instanzen gegenüber eine entschlossener Haltung einzunehmen damit es mehr Ausgewogenheit bei den Verhandlungen gibt. Der Bürgermeister stimmt dem zu und erwägt, ein offizielles Schreiben an das Ministerium zu richten, um den Dialog zu beleben.

Anschließend fragt Gemeinderat Marc Fischer (DP), ob es Neuigkeiten bezüglich der Einstufung oder des Schutzes der Rue des Carrières gebe. Der Bürgermeister bestätigt, dass bisher keine neuen Informationen vorliegen.

Anschließend kommt der Gemeinderat auf das ehemalige Feuerwehrgebäude zu sprechen und erkundigt sich nach dem Stand der Dinge. Der Bürgermeister erklärt, dass es keine Fortschritte zu vermelden gibt, und dass die Situation festgefahren sei, insbesondere was die rechtlichen Zuständigkeiten angeht, da bislang keine Klärung erfolgt sei.

Schließlich kommt Gemeinderat Marc Fischer (DP) auf den Umfang der Arbeitszeitkonten (CET) der Gemeindemitarbeiter zurück und äußert sich besorgt

über deren potenzielle finanzielle Auswirkungen. Der Bürgermeister räumt ein, dass der Umfang nach wie vor hoch ist, zeigt sich jedoch entschlossen, für eine Stabilisierung der Situation zu sorgen.

Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass pro Mitarbeiter durchschnittlich 327 Überstunden verzeichnet wurden und dass Maßnahmen ergriffen wurden, um die Mitarbeiter dazu anzuregen, diese Stunden zu reduzieren und abzubauen. Der Bürgermeister ergänzt, dass eine strengere Einhaltung des Arbeitsrechts es nunmehr ermöglicht, diese Entwicklung besser zu steuern.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) spricht mehrere praktische Probleme an, unter anderem die wiederholten Verspätungen des Schulbusses sowie Probleme mit der Sichtbarkeit und der Beleuchtung an bestimmten Fußgängerüberwegen, die ihrer Meinung nach eine Gefahr darstellen.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) schlägt zusätzlich dazu innovative Lösungen vor, wie zum Beispiel eine verbesserte Beleuchtung der Fußgängerüberwege, so wie dies bereits in anderen Gemeinden getestet wurde.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) kommt zunächst auf einen Beitrag vom Oktober 2025 zurück, bei dem es um das nationale Programm „Lëtzt Prepare“ ging und die Notwendigkeit für die Gemeinde, über einen Krisenmanagementplan zu verfügen. Er fragt, wie es um die Resilienz der Gemeinde steht, insbesondere angesichts von Risiken wie Versorgungsengpässen bei der Wasserversorgung, Cyberangriffen oder Großbränden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass derzeit ein Resilienzplan ausgearbeitet werde. Die Gemeinde orientiere sich dabei am Beispiel anderer Gemeinden, und auf Verwaltungsebene werde derzeit daran gearbeitet, dieses Konzept zu strukturieren.

Dann kommt Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) auf die Haushaltssitzung im Dezember zurück und auf den angenommenen Antrag zur Digitalisierung des Gemeinderats. Er wirft die Frage nach der IT-Ausstattung auf und erwähnt, dass die Gemeinderäte heute größtenteils mit ihren privaten Geräten arbeiten. Er fragt, ob die Gemeinde plant, entsprechende professionelle Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) zeigt sich grundsätzlich offen für den Vorschlag, bevorzugt jedoch einen flexiblen Ansatz. Er schlägt vor, zunächst den individuellen Bedarf der Gemeinderäte zu ermitteln, um unnötige Anschaffungen zu vermeiden, da er der Ansicht ist, dass ein „maßgeschneiderter“ Ansatz hier am besten geeignet wäre.

In seinem dritten Punkt spricht Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) den Kauf von Grundstücken durch den Staat an, die für eine internationale Schule bestimmt sind und fragt, ob dem Schöffengericht weitere Informationen vorliegen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass es sich um ein Grundstück handelt, das dem Gemeinderat bereits bekannt ist, da dieser den dortigen Teilbebauungsplan genehmigt hatte. Dieser muss nur geringfügig angepasst werden, damit die internationale Schule dort untergebracht werden kann.

Schließlich spricht Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) die kürzlich erfolgte außerplanmäßige Schließung der „Thermes“ an, die bei den Nutzern einige Fragen aufgeworfen hat.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass es sich lediglich um die jährliche Schließung anlässlich des Neujahrssessens für das Personal handelte. Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) weist auf ein Problem mit der Beleuchtung in der Nähe des Standortes hin. Der Bürgermeister nimmt dies zur Kenntnis und versichert, dass eine Überprüfung stattfinden wird.

16. Personalangelegenheiten:

a) Beschluss über einen Antrag auf Verkürzung der Einarbeitungszeit

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass es sich um einen Antrag auf Verkürzung der Einarbeitungszeit handelt, der von Frau Fabienne Wampach gestellt wurde. Sie

arbeitet seit einem Jahr bei der Gemeindeverwaltung und verfügt bereits über umfangreiche Vorkenntnisse im Bereich Personalwesen.

Er betont, dass ihre Eingliederung sehr positiv verlaufen sei, und unterstreicht ihre Zuverlässigkeit, ihre Reaktionsfähigkeit und ihre Fähigkeit, sich schnell neues Wissen anzueignen. Seiner Meinung nach sprechen diese Umstände eindeutig dafür, dem Antrag stattzugeben. Das Schöffengericht hat daher keine Einwände gegen die Gewährung einer um ein Jahr verkürzten Probezeit.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

b) Änderung des Reglements zur Entschädigung bei Kassenfehlbeträgen

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt anschließend eine Anpassung des Reglements zur Entschädigung bei Kassenfehlbeträgen vor. Diese Änderung erfolgt aufgrund interner Umstrukturierungen, was das Personal der Gemeindekasse (Recette communale) angeht. Er erklärt, dass bestimmte Mitarbeiter, die neu in dieser Dienststelle sind, künftig ebenfalls Anspruch auf diese Entschädigung haben. Demgegenüber erhalten andere Mitarbeiter, die diesen Tätigkeitsbereich verlassen haben, diese Entschädigung nicht mehr. Er ergänzt, dass Frau Sylwia Wasyluk nach einem Stellenwechsel an den Empfang nun in den Genuss dieser Regelung kommen wird.

Die Änderung des Reglements wird einstimmig angenommen.

c) Beschluss über einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

In einer nichtöffentlichen Sitzung beraten die Gemeinderäte über den Antrag eines Gemeindemitarbeiters auf Versetzung in den Ruhestand.

Séance du conseil communal du 22 janvier 2026

FR

ORDRE DU JOUR

1. Confirmation de plusieurs règlements temporaires de circulation.
2. Adoption d'un règlement relatif à une aide financière communale pour le déscellement.
3. Nominations et démissions au sein des commissions locales.
4. Approbation d'un contrat de bail à loyer.
5. Adoption des rapports d'appréciation des comptes des exercices 2023 et 2024 du centre résidentiel RIEDGEN.
6. Approbation d'une convention avec la Croix-Rouge dans le cadre du Projet LOFT.
7. Approbation d'une convention avec la Croix-Rouge dans le cadre du Projet NATURE.
8. Adoption de la convention tripartite MAISON RELAIS pour l'année 2026.
9. Adoption de la convention tripartite CRECHE PESCHER pour l'année 2026.
10. Adoption de la convention tripartite OFFICE SOCIAL pour l'année 2026.
11. Approbation de la convention ONIS pour l'année 2026.
12. Adoption d'un règlement-taxe pour l'utilisation de la buvette et du Fräihetesbam.
13. Adoption d'un règlement-taxe relatif à la participation à des cours artistiques.
14. Urbanisme :
 - a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption.
 - b) Décision sur la mise en procédure de la modification ponctuelle du PAG « RUE DE L'INDUSTRIE - RUE DU CIMETIERE »
15. Divers.
16. Affaires de personnel :
 - a) Décision portant sur une demande de réduction de période d'initiation.
 - b) Modification du règlement relatif à l'indemnité de perte de caisse.
 - c) Décision portant sur une demande de départ à la retraite (huis clos)

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi gréng) ; Jean Claude Roob (LSAP) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Lise Jørgensen (DP), membre du conseil communal.

La séance du conseil communal du 22 janvier 2026 s'ouvre sous la présidence du bourgmestre Nico Pundel (CSV), qui souhaite la bienvenue à l'ensemble des membres présents. Il explique que la conseillère Lise Jørgensen (DP) est excusée et qu'elle a donné procuration de vote à Daniel Thein (DP).

1. Confirmation de plusieurs règlements temporaires de circulation.

Le conseil communal entame la séance avec le point habituel relatif à la circulation. Il s'agit de confirmer plusieurs règlements temporaires mis en place afin d'adapter ponctuellement l'organisation du trafic sur le territoire communal.

Sans discussion particulière, ces mesures sont soumises au vote et adoptées à l'unanimité.

2. Adoption d'un règlement relatif à une aide financière communale pour le déscellement.

L'échevine Maryse Bestgen (déi gréng) présente un nouveau dispositif de subsides communaux visant à favoriser la biodiversité et à réduire l'imperméabilisation des sols. Elle explique que la procédure se déroule en deux étapes : une première phase de demande, examinée par le service technique sur base de plans, listes de plantations et photos de l'état initial, puis une phase de liquidation après réalisation des travaux, sur

présentation des factures et de nouvelles photos. La commune se réserve également le droit d'effectuer des contrôles sur place.

Trois types d'aides sont proposés. La première concerne le déscellement des surfaces imperméabilisées, avec une aide de 100 € par mètre carré, plafonnée à 1 000 € pour une maison unifamiliale et 2 500 € pour une résidence, à condition de traiter au moins trois mètres carrés et 50 % de la surface concernée.

La deuxième vise la transformation de jardins minéraux en jardins naturels avec des plantes locales : elle couvre 50 % des frais de semences et plantations, avec des plafonds différenciés selon que les travaux sont réalisés par les particuliers ou par des professionnels.

Enfin, une troisième aide est prévue pour la construction de murs en pierres sèches, subventionnée à hauteur de 15 % des coûts, avec un plafond de 700 €, à condition que l'ouvrage respecte certaines dimensions et soit maintenu pendant au moins dix ans.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que le règlement, bien que pertinent sur le fond, reste trop complexe pour le citoyen moyen et mériterait une présentation plus accessible, notamment via le formulaire. Elle s'interroge également sur l'exclusion de certains cas, comme les interventions réalisées par le CIGL, et sur l'origine des semences.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise que ces dernières doivent simplement être des plantes locales, et non nécessairement issues d'un fournisseur spécifique, et souligne que certaines prestations du CIGL sont déjà indirectement subventionnées.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) soulève quant à lui des questions plus techniques, notamment sur la qualification de certaines surfaces intermédiaires, comme les dalles engazonnées ou les toitures partiellement végétalisées. Le bourgmestre reconnaît que certains cas devront être traités individuellement, le règlement ne pouvant couvrir toutes les situations possibles, mais estime que ces cas resteront marginaux.

Malgré ces remarques, le principe du soutien à la désimperméabilisation et à la végétalisation fait consensus.

Le conseil communal décide dès lors d'adopter le règlement tel que présenté.

Le vote favorable est unanime.

3. Nominations et démissions au sein des commissions locales.

Le conseil communal procède ensuite à plusieurs ajustements au sein des commissions locales.

Dans un premier temps, il est proposé d'intégrer le coordinateur sportif au sein de la commission des sports et des associations locales. Cette nomination est soumise au vote et adoptée à l'unanimité.

Un second changement concerne la commission scolaire. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) annonce qu'il quitte ses fonctions de président ainsi que la commission elle-même. Il est proposé que l'échevine Anne Arend (CSV), déjà membre, reprenne la présidence. En conséquence, un siège devient vacant et la candidature de Guy Clees est proposée pour le remplacer.

Ces modifications sont votées en bloc et approuvées à l'unanimité.

4. Approbation d'un contrat de bail à loyer.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente ensuite un contrat de bail concernant une situation sociale particulière. Il s'agit d'une famille syrienne avec cinq enfants, dont un enfant lourdement handicapé, précédemment logée à Strassen via la Croix-Rouge. Celle-ci applique en principe une durée d'hébergement limitée à trois ans, après laquelle les familles doivent quitter le logement, ce qui posait ici un problème concret de relogement.

Une maison située rue des Prés, récemment acquise par la commune et encore sans projet immédiat, a été remise en état (notamment au niveau des installations électriques) afin de la rendre à nouveau habitable. La famille a ainsi pu y être relogée.

Le bourgmestre précise qu'un nouveau type de contrat de bail est utilisé, conforme aux pratiques actuelles

de la commune. Le loyer mensuel y est fixé de manière évolutive, en fonction des revenus du ménage et de la composition familiale, notamment la présence ou non des enfants au domicile.

Aucune question n'étant soulevée, le contrat est soumis au vote.

Le conseil communal approuve le bail à l'unanimité.

5. Adoption des rapports d'appréciation des comptes des exercices 2023 et 2024 du centre résidentiel RIEDGEN.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente les comptes 2023 et 2024 du centre résidentiel Riedgen et le constat est sans détour : les déficits restent élevés et relativement stables. En 2023, ils s'élèvent à 692 000 euros, dont environ 256 000 pour la réception et le restaurant, et 435 000 pour les logements.

En 2024, le déficit reste du même ordre, à 686 000 euros, avec une légère baisse pour la partie restauration mais une hausse du côté des appartements. Ces chiffres traduisent une réalité persistante, presque immobile, malgré les ajustements déjà engagés.

Le bourgmestre rappelle que les hausses de loyers décidées récemment visent précisément à réduire progressivement la part du déficit liée aux logements. Mais il souligne aussi une évolution plus profonde : les résidents arrivent aujourd'hui plus tard dans leur parcours de vie, restent moins longtemps et nécessitent davantage de soins. Ce choix, assumé sur le plan humain, pèse toutefois sur les finances.

Quant à la partie restaurant et réception, elle reste structurellement déficitaire. Avec une quarantaine d'appartements seulement, même si la moitié des résidents mange sur place, cela ne suffit pas à faire tourner une cuisine de manière équilibrée. L'idée d'un futur CIPA est évoquée comme une piste essentielle pour atteindre une masse critique permettant d'améliorer la situation.

Le conseiller Marc Fischer (DP) s'interroge alors sur la fréquentation extérieure du restaurant. Il demande si des personnes extérieures viennent y manger et

suggère qu'une ouverture plus large pourrait aider à répartir les coûts. Le bourgmestre répond que cette fréquentation est très faible, presque marginale.

Dans la même veine, la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) évoque les efforts déjà visibles, comme l'affichage des menus à l'entrée du parc, mais souligne que cela reste insuffisant. Elle s'interroge aussi sur le rôle du personnel récemment engagé et sur la possibilité de développer davantage l'aspect commercial du lieu.

Le conseiller Daniel Thein (DP) adopte une approche plus globale et salue surtout le fait que les comptes soient désormais disponibles et analysables. Pour lui, disposer enfin de données concrètes permet de mieux comprendre l'ampleur du déficit et d'évaluer les mesures prises.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) insiste quant à lui sur le manque de communication. Selon lui, trop peu d'habitants savent que le restaurant est ouvert au public. Il rappelle que l'idée initiale était d'en faire un lieu vivant, un espace de rencontre au cœur du parc, et suggère de mieux exploiter ce potentiel, notamment dans le cadre des activités communales déjà bien fréquentées.

Le bourgmestre prend note de ces remarques et se montre ouvert à relancer la réflexion sur une meilleure visibilité et utilisation du restaurant, même si cela ne suffira pas à lui seul à résoudre le problème de fond.

Les rapports d'appréciation des comptes 2023 et 2024 sont finalement adoptés à l'unanimité.

6. Approbation d'une convention avec la Croix-Rouge dans le cadre du Projet LOFT.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente la convention avec la Croix-Rouge dans le cadre du projet LOFT, en précisant qu'il s'agit surtout d'une mise en forme administrative d'un projet déjà bien installé sur le terrain. Elle rappelle que le LOFT est un lieu de rencontre destiné aux familles avec enfants de 0 à 18 ans. L'objectif est d'offrir à la fois un espace d'accueil, de conseil et de lien social. Dans une commune marquée par une forte diversité, où beaucoup de familles n'ont

pas de réseau proche, ce lieu devient une sorte de point d'ancrage, une manière douce de recréer du lien.

Elle décrit un projet déjà bien vivant : deux éducatrices y travaillent, bientôt installées dans un espace plus visible et dédié, et proposent de nombreuses activités. Certaines réunissent quelques participants, d'autres affichent complet, notamment les ateliers de cuisine ou les événements thématiques. Le fonctionnement est pensé pour les familles dans leur globalité : les parents participent pendant que les enfants sont pris en charge ou intégrés aux activités. Il en ressort un espace à la fois utile et chaleureux, où les rencontres se font naturellement.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise aussi que cette convention est nécessaire car le projet ne relève pas de la convention tripartite avec l'État qui encadre la Maison Relais. Il s'agit d'une initiative communale renouvelée chaque année.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) salue l'initiative et souligne son importance, notamment pour les jeunes familles qui peuvent parfois se sentir isolées. Elle insiste toutefois sur la nécessité de mieux promouvoir le dispositif, afin que les familles en dehors des structures classiques puissent aussi y accéder. Elle évoque également l'intérêt de créer des liens avec la Maison des Jeunes, en particulier pour les adolescents.

L'échevine Anne Arend (CSV) confirme que ces réflexions sont déjà en cours, notamment autour de séances d'orientation pour les jeunes et leurs familles face à la complexité des parcours scolaires. Certains projets sont en préparation, même si leur mise en œuvre demande encore un peu de temps.

La convention est finalement adoptée à l'unanimité.

7. Approbation d'une convention avec la Croix-Rouge dans le cadre du Projet NATURE.

L'échevine Anne Arend (CSV) enchaîne avec la convention relative au Projet Nature au sein de la Maison relais. Ici, il n'est pas tant question de nouvelles dépenses visibles que d'un engagement humain déjà en place : deux personnes, Monsieur Javier Benito et Madame Sophie Begel, portent le projet au quotidien.

Elle explique que ce projet est né d'une volonté claire de rapprocher les enfants de la nature, de leur offrir autre chose qu'un cadre fermé. Monsieur Javier Benito emmène ainsi chaque jour des groupes d'enfants en forêt. Le succès est immédiat, presque instinctif : le bus est toujours plein, les enfants s'inscrivent volontiers et l'expérience semble répondre à un besoin profond. Pourtant, souligne-t-elle, ce type d'activité sort du cadre financé par l'État. Le ministère prend en charge ce qui se passe dans la Maison relais, mais pas ces sorties en forêt. La commune a donc fait le choix d'assumer cette différence.

Madame Sophie Begel, de son côté, travaille principalement avec le jardin d'enfants. Elle développe toute une série de projets autour du jardinage, de la découverte des plantes et du rythme des saisons. L'échevine évoque avec enthousiasme les projets à venir, notamment l'installation d'une serre près du jardin d'enfants, prévue dans le budget. À partir de là, un projet plus ambitieux prendra forme avec les élèves du Cycle 4 : faire pousser des plantes depuis la graine, puis les vendre au marché. Ce projet marque aussi une évolution importante, car il implique une véritable collaboration entre la Maison relais et l'école.

Les enfants participeront également à la création d'une brochure trimestrielle autour du jardin et de la nature, renforçant encore leur implication.

Le projet ne s'arrête pas là. Il s'articule aussi avec le LOFT, à travers des activités communes comme des ateliers en forêt, des moments de méditation ou même des nuitées sous tente. Il ne s'agit plus seulement d'apprendre la nature, mais de la vivre ensemble, en famille, dans une forme de simplicité retrouvée.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ajoute que cette convention s'inscrit dans une évolution plus large. Le ministère cherche de plus en plus à distinguer ce qui relève du fonctionnement de base des structures d'accueil et ce qui constitue des projets spécifiques développés par les communes. Cela permet d'avoir une meilleure visibilité, mais implique aussi que ces initiatives locales soient encadrées par des conventions séparées.

Le projet est voté à l'unanimité.

8. Adoption de la convention tripartite MAISON RELAIS pour l'année 2026.

L'échevine Anne Arend (CSV) introduit ensuite la convention tripartite de la Maison relais pour 2026, en soulignant d'emblée l'ampleur des montants en jeu. Elle précise toutefois que, dans le fond, peu de choses changent par rapport aux années précédentes : le mécanisme reste identique, avec une prise en charge de 75 % des frais éligibles par l'État et 25 % par la commune.

Elle met en lumière quelques évolutions concrètes. Le chèque-service accueil est désormais de nouveau géré directement par la commune, ce qui simplifie la vie des habitants en élargissant les plages horaires d'accès au service. Elle évoque aussi l'intégration du concept de « screen life balance », déjà appliqué localement depuis plusieurs années, preuve que certaines pratiques étaient en avance sur le cadre national.

Un autre point retient particulièrement son attention : le programme « Zesammen aktiv ». Elle raconte que la commune s'est retrouvée à expliquer son propre modèle au ministère des Sports. Là où d'autres communes organisent des activités sportives internes à la Maison relais sans lien direct avec les clubs, Strassen a fait un autre choix : intégrer les enfants dans les clubs locaux. Les enfants portent les couleurs du club, participent aux entraînements et aux matchs, et s'inscrivent pleinement dans la vie associative. Ce modèle, plus exigeant mais aussi plus ancré dans le vivre-ensemble, n'avait pas été anticipé dans les mécanismes de subvention étatiques. Une preuve, dit-elle en creux, que certaines initiatives locales ouvrent des chemins que les cadres officiels n'ont pas encore tracés.

Elle revient ensuite aux chiffres, en expliquant que les montants affichés doivent être relativisés. Si la participation communale annoncée dépasse les deux millions d'euros, il faut y ajouter des coûts non éligibles, comme les projets spécifiques (LOFT, Nature), ainsi que des frais logistiques plus élevés liés à la dispersion des structures sur plusieurs sites. Elle dresse aussi un état des lieux : 669 enfants inscrits, une capacité maximale de 708, et une pression particulièrement forte dans le préscolaire, où les listes d'attente persistent avec des priorités accordées aux familles qui en ont le plus besoin.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) salue justement ce système de priorisation. Il rappelle que la commune a aussi une responsabilité dans l'équilibre familial et que la Maison relais ne doit pas remplacer le rôle des parents lorsque cela peut être évité.

L'échevine Anne Arend (CSV) acquiesce. Elle insiste sur ce message qu'elle transmet elle-même aux parents : utiliser la structure quand c'est nécessaire, mais garder du temps avec les enfants dès que possible, surtout pour les plus jeunes.

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) revient sur un sujet plus concret, celui du gaspillage alimentaire lié aux absences non signalées. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que la situation s'est nettement améliorée. Les chiffres sont parlants : la commune se situe désormais bien en dessous de la moyenne nationale en termes de déchets alimentaires, preuve que les efforts de sensibilisation portent leurs fruits.

L'échange glisse ensuite vers la question du comportement des enfants. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande si le système de cartes disciplinaires, introduit l'année précédente, est toujours en place et s'il fonctionne. Anne Arend (CSV) confirme une nette amélioration. Les incidents sont devenus rares, les sanctions progressives permettent un dialogue avec les parents, et surtout, elles révèlent parfois des situations personnelles plus profondes. Elle décrit un dispositif qui ne se limite pas à punir, mais qui sert aussi à comprendre et adapter l'accompagnement.

La discussion s'oriente ensuite vers la collaboration entre école et Maison relais. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) suggère un échange plus direct d'informations pour mieux soutenir les enfants en difficulté. L'échevine Anne Arend (CSV) reconnaît la pertinence de cette idée tout en évoquant les limites liées au secret professionnel et à la complexité des situations individuelles.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) aborde enfin la question de l'aide aux devoirs. L'échevine Anne Arend (CSV) explique qu'il existe bien un encadrement, mais que la participation reste volontaire, ce qui limite son efficacité. Elle note aussi le fait que les attentes

des parents portent davantage sur d'autres aspects que sur ce point précis.

La convention est finalement adoptée à l'unanimité.

9. Adoption de la convention tripartite CRECHE PESCHER pour l'année 2026.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) présente ensuite la convention tripartite pour la crèche Pescher pour l'année 2026. Elle entre directement dans le détail, en rappelant que la structure doit répondre à plusieurs missions essentielles : favoriser l'inclusion, accueillir aussi des enfants à besoins spécifiques et travailler activement la dimension multilingue. Dans le contexte local, cela signifie surtout accompagner les enfants vers la langue luxembourgeoise, tout en respectant la diversité linguistique des familles.

Elle prend le temps d'expliquer certains éléments techniques du document, notamment le calcul des équivalents temps plein et du référentiel de temps de travail. Derrière ces chiffres, elle cherche à clarifier une mécanique parfois opaque : ce ne sont pas des effectifs réels mais des volumes théoriques liés aux heures de présence des enfants. Elle précise que la crèche Pescher applique la convention collective SAS et dispose d'environ 16,8 équivalents temps plein. Le financement suit ensuite la logique habituelle, avec un coût global dépassant les deux millions d'euros, dont 75 % pris en charge par l'État et 25 % par la commune.

Elle complète son exposé par un aperçu concret de la situation actuelle : la crèche accueille 64 enfants, répartis entre les différentes tranches d'âge, sans enfant à besoins spécifiques à ce jour. L'ensemble fonctionne donc dans un cadre stable, sans changement majeur par rapport aux années précédentes.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) intervient alors pour revenir sur un problème très concret : le manque de place pour les poussettes. Elle décrit des scènes quotidiennes où les parents, faute d'espace, les attachent à l'extérieur, exposées au froid. Elle rappelle avoir déjà évoqué ce point et souligne que la direction de la crèche est ouverte à une solution.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) confirme que la question a bien été transmise et qu'elle fait partie des améliorations envisagées. Elle mentionne le fait que plusieurs travaux sont prévus au printemps, même si certaines contraintes techniques subsistent, notamment liées à l'infiltration d'eau au niveau du sous-sol.

Le conseiller Dan Thein (DP) apporte un regard plus sécuritaire. Il met en garde contre le risque d'encombrement intérieur : stocker les poussettes dans les couloirs pourrait poser un problème en cas d'évacuation.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) acquiesce, reconnaissant que les espaces sont déjà très contraints et que toute solution devra tenir compte de ces limites. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) propose alors une piste concrète : installer un système de type box extérieur sécurisé pour les poussettes. Une idée pragmatique, presque évidente, qui pourrait répondre à la fois aux besoins des parents et aux exigences de sécurité.

Sans opposition, la convention est adoptée à l'unanimité.

10. Adoption de la convention tripartite OFFICE SOCIAL pour l'année 2026.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) présente ensuite la convention tripartite de l'office social pour 2026. Elle explique que, contrairement à d'autres dispositifs, le financement repose ici sur un partage simple : moitié État, moitié commune. L'organisation interne a légèrement évolué avec le retour de Madame Roxanne Moors à 75 %, le maintien de Madame Nathalie Feyereisen à temps plein et l'arrivée de Madame Chloé Marotta pour un mi-temps supplémentaire. Derrière ces ajustements, elle laisse entendre une réalité plus dense : les besoins augmentent et, avec eux, la charge de travail.

Elle évoque ensuite le fonctionnement quotidien, notamment le recours croissant au tiers payant social. Dans les faits, cela signifie que l'office avance des frais – souvent lourds – pour des situations où les familles ne peuvent pas faire face immédiatement, comme des soins dentaires ou médicaux.

Puis elle déroule une série de chiffres. En une année : 256 demandes, 667 passages et plus de 1000 démarches administratives. Derrière ces nombres se trouvent des difficultés de logement, des urgences financières, des problèmes de santé. Elle insiste particulièrement sur le logement, qui concentre l'essentiel des demandes. Les aides couvrent aussi bien des cautions que des factures d'énergie, des bons alimentaires ou encore des frais de formation et de scolarité.

Elle partage aussi un exemple marquant : une famille qui n'avait pas perçu d'allocations familiales pendant un an. Grâce à l'intervention de l'office social et à une procédure via l'ombudsman, plus de 10 000 euros ont été débloqués en deux semaines. Un cas parmi d'autres qui illustre le rôle souvent invisible mais essentiel de ces services.

Elle aborde enfin une situation plus complexe encore : celle des adresses de référence. Certaines personnes, vivant en colocation informelle, ne peuvent pas s'inscrire officiellement sans risquer de faire perdre des droits sociaux à leurs cohabitants. Elles se déclarent alors à la commune, dans une sorte d'entre-deux administratif, fragile et révélateur des limites du système.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge sur ces demandes liées au logement et sur les conditions d'accès : comment peut-on demander un logement sans adresse réelle ? L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que seuls les résidents de la commune peuvent être accompagnés, mais reconnaît que les situations sont parfois floues et complexes, notamment avec la nouvelle base de données nationale RENLA, encore en phase d'ajustement.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) souligne que le système est encore en construction, que ni les communes ni l'État ne sont totalement prêts et que chacun doit encore trouver sa place dans ce nouvel équilibre.

Avant de passer au vote, il prend un moment pour remercier les équipes de l'office social. Il souligne leur présence croissante sur le terrain et, en filigrane, une réalité plus sombre : celle d'une précarité qui augmente, doucement mais sûrement, au cœur même de la commune.

La convention est finalement adoptée à l'unanimité.

11. Approbation de la convention ONIS pour l'année 2026.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) clôt la série des conventions avec celle relative à l'ONIS pour l'année 2026, en restant dans le même champ social.

Elle explique que le fonctionnement reste globalement inchangé : le poste est occupé par Madame Aldina Ganeto, dont le salaire est pris en charge dans le cadre du dispositif ONIS. Une augmentation de 8,8 % est toutefois prévue, liée à l'indexation et à la convention collective SAS, reflet d'un secteur structuré et solidement encadré.

Mais très vite, son discours quitte la mécanique administrative pour souligner la réalité du terrain. Elle insiste sur la qualité du travail accompli : Madame Aldina Ganeto suit actuellement 48 dossiers en 20 heures hebdomadaires, là où la moyenne nationale est de 90 dossiers pour un temps plein. Autrement dit, son volume dépasse déjà ce qui serait attendu à temps plein.

Elle détaille ensuite l'accompagnement mis en place. Certains bénéficiaires sont engagés dans des activités de stabilisation, où l'on reconstruit pas à pas – cours de langue, formations, remise en confiance. D'autres participent à des travaux d'utilité collective, retrouvant un rythme, une place, une dignité. Les profils sont variés : femmes seules, familles monoparentales, couples, hommes isolés.

Elle mentionne également les placements réalisés dans des structures variées – associations, établissements publics, fondations – autant de passerelles vers une réinsertion progressive. Et puis, en arrière-plan, les statistiques nationales : plus de 6 600 bénéficiaires du REVIS, répartis entre différentes situations – personnes inaptes au travail, bénéficiaires suivis par l'ADEM ou encore ceux accompagnés par l'ONIS. La tranche d'âge la plus représentée, entre 35 et 44 ans, dit quelque chose d'une fragilité qui touche en plein cœur de la vie active.

Aucune intervention ne suit. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) met alors la convention au vote. Elle est adoptée à l'unanimité.

12. Adoption d'un règlement-taxé pour l'utilisation de la buvette et du Fräiheitsbam.

L'échevine Anne Arend (CSV) introduit un point très pragmatique : fixer enfin un cadre tarifaire pour l'utilisation de deux lieux communaux en pleine évolution, l'ancienne buvette « Al Buvette » et le chalet « Beim Fräiheitsbam ».

Elle explique que cette démarche s'inscrit dans un travail plus large encore en cours : l'élaboration d'un règlement global pour l'ensemble des bâtiments communaux. Mais face aux premières demandes de réservation déjà en cours, il devenait nécessaire d'agir sans attendre. Avant même d'avoir un cadre complet, il faut au moins un prix, une base, une règle simple pour ne pas naviguer à vue.

L'idée est claire : proposer des formules « tout compris ». Pour l'ancienne buvette du FC UNA « Al Buvette », le tarif est fixé à 300 euros, avec une caution de 500 euros. Le lieu sera équipé – vaisselle, mobilier – et le nettoyage du lendemain est inclus. Même logique pour le chalet Beim Fräiheitsbam, mais à une autre échelle : 800 euros de location et 1 000 euros de caution. Cette dernière, plus élevée, vise à garantir le respect des lieux. Si le rangement ou la propreté ne sont pas assurés, la commune se réserve le droit de retenir une partie de la somme.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) salue l'initiative et souligne le réalisme des tarifs, notamment pour le chalet Beim Fräiheitsbam, qu'il considère alignés sur les prix du marché.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise que ces tarifs s'appliquent à tous, sans exception individuelle. Il insiste aussi sur un point d'équilibre : éviter une sur-commercialisation des lieux. L'objectif n'est pas de transformer ces espaces en salles louées en continu, mais de préserver leur calme et leur vocation locale, avec une priorité donnée aux habitants de la commune.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) soulève alors une question concernant la flexibilité des horaires, notamment le week-end. Elle évoque les jeunes familles vivant en appartement, souvent en manque d'espace, qui cherchent des lieux pour organiser des anniversaires d'enfants. Les horaires proposés – notamment à

partir de 16 heures – peuvent être trop restrictifs pour ce type d'usage.

Le bourgmestre répond avec souplesse : les règles posées servent de base, mais des adaptations restent possibles selon les situations. Tout dépendra du type d'événement et du contexte.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise que l'heure de début à partir de 16h00 vise surtout les jours de semaine, afin de laisser la place à d'autres usages en journée, notamment scolaires ou associatifs. Le week-end, en revanche, reste plus ouvert à la discussion.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) confirme cette réalité du terrain avec un exemple concret : une connaissance à elle cherchait justement un lieu pour un anniversaire d'enfant et s'est vu répondre que la commune ne louait pas de salles. Une réponse qui, dans le contexte actuel, n'est plus tout à fait juste. Elle plaide donc pour plus de clarté et de flexibilité, notamment pour les familles.

L'échevine Anne Arend (CSV) reconnaît que la situation est encore en transition : les procédures sont nouvelles, les services doivent encore s'ajuster et l'information circule imparfaitement. Les demandes devront désormais passer par le service culture, avec des référents identifiés.

Le conseiller Daniel Thein (DP) conclut sur une note plus légère, se réjouissant déjà des futurs événements – peut-être des festivals – qui pourraient voir le jour au chalet Beim Fräiheitsbam.

Le bourgmestre tempère avec un sourire : tout passera encore par validation. Le point est ensuite soumis au vote et adopté à l'unanimité.

13. Adoption d'un règlement-taxé relatif à la participation à des cours artistiques.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit ensuite le point concernant une offre culturelle qui se diversifie et sort des cadres habituels.

Jusqu'ici les activités artistiques proposées par la commune s'inscrivaient essentiellement dans les cours

pour adultes, avec un fonctionnement déjà bien établi. Mais de nouveaux formats émergent, plus souples, plus vivants – des ateliers ouverts, notamment au Haff Schmit, des workshops ponctuels qui ne rentrent pas dans les cases classiques.

Il fallait donc combler un vide : poser une base tarifaire simple, adaptable à ces nouvelles formes. La proposition : 10 euros par heure. Deux heures coûtent 20 euros, cinq heures en coûtent 50.

Le conseiller Marc Fischer (DP) ne conteste pas le fond – au contraire, il approuve la mesure. Mais il revient avec une préoccupation récurrente : celle de la vue d'ensemble. À force d'ajouter des règlements taxe au fil des points, il craint une dispersion, une accumulation sans vision globale. Il demande donc qu'une liste complète de tous les règlements existants soit établie, pour garder une cohérence et éviter les oublis.

Le bourgmestre acquiesce et le point est adopté à l'unanimité.

14. Urbanisme :

a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente un terrain situé dans le nouveau lotissement de la rue Henri Lehnen, au Val des Roses. Il s'agit d'une parcelle de 3,28 ares mise en vente pour un montant d'environ 852 000 euros.

La commune dispose d'un droit de préemption, mais aucun projet spécifique n'est envisagé pour ce terrain. Dans ces conditions, le collègue échevinal propose de ne pas exercer ce droit.

Aucune question n'est soulevée. La décision de ne pas exercer le droit de préemption est adoptée à l'unanimité.

b) Décision sur la mise en procédure de la modification ponctuelle du PAG « RUE DE L'INDUSTRIE - RUE DU CIMETIERE »

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique qu'il s'agit d'une zone actuellement classée en zone économique,

dans laquelle seules des activités professionnelles étaient autorisées. Cette classification n'est plus adaptée à la situation actuelle du site, situé en continuité du tissu urbanisé existant.

La modification proposée vise à transformer cette zone en zone mixte, permettant à la fois le logement et les activités économiques. Le projet prévoit notamment un minimum de 25 % de logements et 10 % d'activités non résidentielles, avec la possibilité d'y intégrer différentes fonctions comme des commerces, des crèches ou un hôtel. Les surfaces constructibles restent inchangées, mais leur affectation devient plus flexible.

Dans le cadre de cette reclassification, une obligation de 20 % de logements abordables est introduite. L'organisation du site prévoit une concentration des activités le long de la rue de l'Industrie, tandis que les zones d'habitation seraient situées à l'arrière, avec une densité et des hauteurs réduites. Une étude de trafic a été réalisée et conclut à une augmentation du trafic, tout en restant dans des limites jugées acceptables.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) prend la parole pour exprimer des réserves. Elle précise d'emblée qu'elle n'est pas opposée au développement ni au logement, mais souligne la nécessité d'une vision globale. Elle évoque le cumul des projets déjà autorisés ou en cours et met en garde contre une croissance rapide de la population, qui aurait des conséquences importantes sur les infrastructures communales, notamment les écoles, les maisons relais et les équipements sportifs.

Elle insiste sur l'importance d'une analyse d'ensemble du PAG et propose l'organisation d'une commission dédiée aux grands projets afin de donner à tous les conseillers une vision claire des développements en cours et à venir. Elle souligne également un problème d'équité entre propriétaires : certains terrains restent soumis au régime de la zone différée, empêchant leur développement, tandis que d'autres projets avancent. Elle s'interroge sur le signal envoyé et évoque même un risque de contestation juridique.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond en reconnaissant la complexité de la situation. Il rappelle que le classement en zone différée a toujours été

une décision délicate et en partie arbitraire, imposée notamment par des exigences supérieures. Il souligne que la commune prend des décisions sur des terrains privés, ce qui rend l'exercice particulièrement sensible.

Il explique que le projet en discussion s'inscrit dans un processus engagé depuis plusieurs années et qu'il ne concerne pas un terrain en zone différée. Selon lui, la reclassification proposée est logique compte tenu de la localisation du site, déjà intégré dans le tissu urbain. Il insiste sur le fait que la commune ne peut pas empêcher indéfiniment le développement de terrains constructibles.

Il admet néanmoins les limites du modèle actuel, évoquant la pression exercée par les politiques nationales de développement autour de la capitale. Il souligne que la croissance de la commune est en grande partie déterminée à un niveau supérieur et que la marge de manœuvre locale reste limitée.

Le conseiller Marc Fischer (DP) appuie la demande d'une vision globale et insiste sur les implications financières et organisationnelles du développement. Il évoque notamment les investissements nécessaires en infrastructures et la nécessité de préserver la qualité de vie. Il appelle à une meilleure coordination avec les ministères, notamment en matière de mobilité.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que des échanges ont lieu avec les ministères, mais reconnaît que les résultats ne sont pas toujours à la hauteur des attentes. Il confirme qu'une présentation globale des projets sera organisée afin de donner une vue d'ensemble du développement communal.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) pose une question technique concernant les installations existantes sur le site, notamment les anciens réservoirs. Le bourgmestre confirme que certaines activités ont cessé et que cela simplifie le développement futur du site.

Le conseiller Daniel Thein (DP) s'interroge sur le devenir des entreprises actuellement implantées dans la zone. Le bourgmestre explique que certaines activités sont déjà en déclin ou fonctionnent en location, et que les évolutions se feront progressivement, en fonction des propriétaires et des opportunités.

Le conseiller Marc Fischer (DP) revient sur la question du maintien des activités économiques et demande si la commune dispose de zones permettant la relocalisation des entreprises. Le bourgmestre évoque notamment d'autres zones en développement destinées à accueillir des activités économiques, tout en précisant qu'il ne s'agira pas de grandes industries, mais plutôt de petites et moyennes entreprises.

En conclusion, malgré les réserves exprimées et les appels à une réflexion globale, le bourgmestre maintient la proposition de mise en procédure, estimant qu'un report ne changerait pas le fond du dossier.

La mise en procédure de la modification ponctuelle du PAG est adoptée à l'unanimité.

15. Divers.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) soulève une question liée à la sécurité incendie, en référence à l'événement récent survenu à Crans-Montana. Il s'interroge sur la répartition des responsabilités en matière de sécurité incendie, notamment dans les bâtiments communaux loués à des exploitants privés ou dans les établissements privés situés sur des terrains communaux. Il demande si cette responsabilité incombe à la commune ou à d'autres instances comme l'ITM.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que, pour les infrastructures communales, la responsabilité est organisée via un délégué à la sécurité chargé d'établir les plans nécessaires. Le collège échevinal se décharge ainsi de la responsabilité opérationnelle, qui revient ensuite aux exploitants sur place. Pour les établissements privés, il explique que la responsabilité incombe principalement aux exploitants eux-mêmes, après délivrance des autorisations et contrôles initiaux. Il précise que la commune n'a pas de mission générale de contrôle permanent, sauf en cas de constat d'un danger manifeste.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) intervient pour soutenir cette réflexion. Il propose que la commune adopte une position claire en interdisant l'usage de la pyrotechnie dans les bâtiments communaux, notamment dans des lieux récemment évoqués comme l'ancienne buvette « Al Buvette » ou le chalet

Beim Fräiheitsbam. Il suggère également d'étendre cette réflexion aux établissements privés opérant sur des terrains communaux, afin de renforcer la sécurité et donner un signal clair à la population.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) aborde ensuite la question des cérémonies d'adieu au Centre culturel Paul Barblé. Il souligne que la capacité actuelle et future de la morgue est limitée ce qui peut poser problème pour certaines cérémonies nécessitant un plus grand nombre de participants. Il demande si des solutions organisationnelles pourraient être envisagées, par exemple en réservant certains créneaux spécifiques au centre culturel.

Le bourgmestre Nico Pundel répond que, jusqu'à présent, des solutions ont toujours été trouvées au cas par cas, sans difficulté majeure. Il indique qu'il n'est pas envisagé de formaliser davantage ce processus, estimant que la flexibilité actuelle permet de répondre aux besoins.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) soulève plusieurs points. Elle attire d'abord l'attention sur une situation de sécurité routière sur la route d'Arlon, en lien avec un arrêt de bus déplacé et l'absence de passage piéton à proximité. Elle souligne les risques pour les usagers, notamment les enfants et les personnes âgées, et demande une intervention auprès des Ponts et Chaussées.

Elle évoque ensuite une suggestion issue de la commission de la jeunesse concernant une visite des institutions européennes et propose comme alternative plus accessible le centre « Europa Experience » au Kirchberg.

Enfin, elle aborde la question du SIGI, en s'interrogeant sur l'augmentation des coûts et du personnel, ainsi que sur le manque de transparence concernant certaines décisions (création de postes, primes, indemnités).

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique qu'il partage certaines interrogations concernant le fonctionnement du SIGI. Il mentionne avoir engagé des discussions et souligne un manque de lisibilité quant à l'orientation stratégique du syndicat.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) confirme que les membres du comité n'ont pas été informés en amont de certaines décisions récentes, notamment la création d'un poste de directeur adjoint. Il explique toutefois que le SIGI cherche actuellement à internaliser certaines compétences auparavant externalisées, ce qui pourrait expliquer l'augmentation des effectifs.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) revient avec un problème concret concernant des employés de la Maison relais qui se regroupent et fument devant une boulangerie pendant leurs pauses, créant une situation jugée peu adaptée. Elle suggère de réfléchir à un espace dédié où ces personnes pourraient se rendre.

Le bourgmestre reconnaît la difficulté du problème et admet qu'aucune solution satisfaisante n'a encore été trouvée.

Le conseiller Marc Fischer (DP) revient d'abord sur une entrevue avec le ministère de la Mobilité et demande si l'occasion a été saisie pour aborder le dossier de la route d'Arlon.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond par la négative, expliquant que les discussions ont été peu constructives, les services ministériels indiquant ne pas avoir avancé sur plusieurs dossiers. Il évoque notamment le projet de tram et d'aménagements cyclables, soulignant un manque de progrès concret.

Le conseiller Marc Fischer (DP) insiste sur la nécessité d'une position plus ferme face à l'État, plaidant pour une approche de négociation plus équilibrée. Le bourgmestre acquiesce et évoque la possibilité d'un courrier officiel pour relancer le dialogue avec la ministre.

Dans un second temps, le conseiller Marc Fischer (DP) demande s'il existe un retour concernant le classement ou la protection de la rue des Carrières. Le bourgmestre confirme qu'aucune information nouvelle n'a été reçue.

Le conseiller aborde ensuite le dossier de l'ancien bâtiment des pompiers et s'interroge sur son évolution. Le bourgmestre indique qu'aucune avancée n'est à signaler et souligne une situation bloquée, notamment sur le plan des responsabilités juridiques, aucune clarification n'ayant été apportée à ce stade.

Enfin, le conseiller Marc Fischer (DP) revient sur le volume des comptes épargne-temps (CET) du personnel communal et s'inquiète de leur impact financier potentiel. Le bourgmestre reconnaît que le volume reste élevé, tout en indiquant une volonté de stabilisation.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise qu'une moyenne de 327 heures par agent a été constatée et que des mesures ont été engagées pour inciter le personnel à limiter et récupérer ces heures. Le bourgmestre ajoute que le respect plus strict du droit du travail permet désormais de mieux encadrer cette évolution.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) soulève plusieurs préoccupations pratiques, notamment des retards récurrents du bus scolaire et des problèmes de visibilité et d'éclairage à certains passages piétons, qu'elle juge dangereux.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) suggère en complément des solutions innovantes, comme l'éclairage renforcé des passages piétons, déjà expérimenté dans d'autres communes.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) revient d'abord sur une intervention faite en octobre 2025 concernant le dispositif national Lëtzt Prepare et la nécessité pour la commune de disposer d'un plan de gestion de crise. Il demande où en est la commune en matière de résilience, notamment face à des risques tels que des perturbations de l'approvisionnement en eau, des cyberattaques ou des incendies majeurs.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond qu'un plan de résilience est en cours d'élaboration. Il précise que la commune s'inspire d'exemples d'autres communes et que le travail est actuellement mené au niveau administratif pour structurer ce dispositif.

Dans un second temps, le conseiller Paul Klensch (LSAP) revient sur la séance budgétaire de décembre et sur la motion adoptée en faveur de la digitalisation du conseil communal. Il soulève la question des équipements informatiques, en rappelant que les conseillers travaillent aujourd'hui majoritairement avec leur matériel privé. Il demande si la commune

prévoit de mettre à disposition des outils professionnels adaptés.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) se dit ouvert au principe, mais privilégie une approche flexible. Il propose de sonder les besoins individuels des conseillers afin d'éviter des achats inutiles, estimant qu'une solution « à la carte » serait la plus adaptée.

Dans son troisième point, le conseiller Paul Klensch (LSAP) évoque l'achat par l'État de terrains destinés à une école internationale. Il demande si le collège échevinal dispose d'informations complémentaires.

Le bourgmestre confirme qu'il s'agit d'un terrain déjà connu du conseil, qui avait approuvé le PAP qui y est greffé. Ce dernier ne devra être que modifié légèrement afin d'accueillir l'école internationale.

Enfin, le conseiller Paul Klensch (LSAP) aborde la fermeture exceptionnelle récente des Thermes, qui a suscité des interrogations parmi les usagers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise qu'il s'agissait simplement de la fermeture annuelle liée au repas du Nouvel An du personnel. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) ajoute un problème d'éclairage à proximité du site, dont le bourgmestre prend note en indiquant qu'une vérification sera effectuée.

16. Affaires de personnel :

a) Décision portant sur une demande de réduction de période d'initiation

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le point en expliquant qu'il s'agit d'une demande de réduction de période d'initiation introduite par Madame Fabienne Wampach. Il précise que celle-ci travaille depuis un an au sein de l'administration communale et qu'elle dispose déjà d'une expérience préalable significative dans le domaine des ressources humaines.

Il souligne que son intégration s'est faite de manière très positive, mettant en avant son sérieux, sa réactivité et sa capacité à assimiler rapidement de nouvelles matières. Selon lui, ces éléments justifient pleinement la demande introduite. Le collège échevinal ne voit dès

lors aucun obstacle à l'octroi d'une réduction de stage d'un an.

La décision est adoptée à l'unanimité.

b) Modification du règlement relatif à l'indemnité de perte de caisse

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente ensuite une adaptation du règlement relatif à l'indemnité de perte de caisse. Cette modification fait suite à des changements internes de personnel au sein du service de la recette. Il précise que certains agents nouvellement affectés à ce service bénéficieront désormais de cette

indemnité. À l'inverse, d'autres agents ayant quitté ces fonctions ne sont plus concernés. Il ajoute également que Madame Sylwia Wasyluk, suite à un changement de poste vers la réception, est désormais incluse dans le dispositif.

La modification du règlement est adoptée à l'unanimité.

c) Décision portant sur une demande de départ à la retraite (huis clos)

Dans une séance à huis clos, les conseillers discutent d'une demande de départ à la retraite d'un employé communal.

Meeting of the Municipal Council of 22 January 2026

AGENDA

1. Confirmation of several temporary traffic regulations.
2. Adoption of a Regulation concerning municipal financial assistance for soil sealing reversal.
3. Appointments and resignations in local committees.
4. Approval of a lease.
5. Adoption of the 2023 and 2024 Riedgen Centre audit reports.
6. Approval of an agreement with the Red Cross as part of the LOFT Project.
7. Approval of an agreement with the Red Cross as part of the NATURE Project.
8. Adoption of the 2026 Maison Relais tripartite agreement.
9. Adoption of the 2026 Pescher Crèche tripartite agreement.
10. Adoption of the 2026 Social Office tripartite agreement.
11. Adoption of the 2026 ONIS (National Social Inclusion Office) agreement.
12. Adoption of a pricing regulation for the use of the refreshment bar and the Beim Fräiheitsbam Chalet.
13. Adoption of a pricing regulation for the participation in art classes .
14. Urban planning:
 - a) Decision on the exercise of a right of pre-emption
 - b) Decision on the launch of the procedure for a specific amendment to the “Rue de l’Industrie – Rue du Cimetière” General Development Plan (PAG)
15. Any other business.
16. Staff matters
 - a) Decision regarding a request for a shortened induction period
 - b) Amendment to the Regulation on cash loss compensation
 - c) Decision regarding a request for retirement (in camera)

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

EXCUSED

Lise Jørgensen (DP), member of the Municipal Council.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the Municipal Council meeting of 22 January 2026 and welcomed all the members present. He explained that Councillor Lise Jørgensen (DP) was excused and had given her proxy voting rights to Councillor Daniel Thein (DP).

1. Confirmation of several temporary traffic regulations.

The first item on the Municipal Council meeting’s agenda concerned traffic regulations, as usual. On this occasion, the aim was to confirm several temporary regulations to temporarily adjust traffic flows in the Municipality.

No in-depth discussion took place before these measures were put to the vote and adopted unanimously.

2. Adoption of a Regulation concerning municipal financial assistance for soil sealing reversal.

Alderwoman Maryse Bestgen (déi gréng) presented a new municipal grant scheme aimed at promoting biodiversity and reducing soil sealing. She explained that it was a two-step application procedure. First, an initial application had to be submitted, which would then be examined by the Technical Department based on plans, plant lists and photos of the sites in their initial condition. Then, a settlement would take place after

the works had been completed, upon presentation of invoices and photos of the sites after intervention. The Municipality also reserved the right to carry out on-site inspections.

Three types of grants were available. The first was for the removal of paving from impermeable surfaces, with a grant of €100 per square metre, capped at €1,000 for a single-family home and €2,500 for a multi-unit property, provided that at least three square metres and 50% of the area were treated.

The second type of grant was aimed at transforming rock gardens into natural gardens with local plants: it would cover 50% of the seed- and planting-related costs, with different ceilings depending on whether the work was carried out by private individuals or by professionals.

Finally, a third grant was reserved for the construction of dry-stone walls, subsidising 15% of the costs, with a ceiling of €700, provided that the structure met certain dimensions and was maintained for at least ten years.

Although the Regulation was fundamentally relevant, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) believed it was too complex for the average citizen. It would benefit from a clearer presentation, particularly the application form. She also questioned the exclusion of some cases, such as work carried out by the CIGL (Local Initiative and Management Centre) and asked about the origin of the seeds.

Mayor Nico Pundel (CSV) clarified that the seeds had to be for local plants and not necessarily sourced from a specific supplier. He also pointed out that some CIGL (Local Initiative and Management Centre) services were already indirectly subsidised.

Councillor Nicolas Kandel (DP) then asked several technical questions. These mainly concerned the classification of some intermediate surfaces, such as grass-paved slabs or partially green roofs. The Mayor acknowledged that some situations would have to be dealt with on a case-by-case basis, because the Regulation could not cover every possible scenario. That said, he thought such cases would represent a minority.

Despite these comments, there was a consensus on the principle of supporting soil sealing reversal actions and greening. The Municipal Council therefore decided to adopt the Regulation as presented.

The vote in favour of the Regulation was unanimous.

3. Appointments and resignations in local committees.

The Municipal Council then proceeded to make several adjustments in the local committees.

Firstly, it was proposed that the Sports Coordinator be included in the Sports and Local Associations Committee. This appointment was put to the vote and adopted unanimously.

A second change concerned the Education Committee. Mayor Nico Pundel (CSV) announced that he was both stepping down as Chair and leaving the Committee. It was proposed that Alderwoman Anne Arend (CSV), who was already a member, take over as Chair. Consequently, Guy Clees was proposed to fill the remaining vacancy.

These amendments were voted upon as a package and approved unanimously.

4. Approval of a lease.

Mayor Nico Pundel (CSV) then presented a lease concerning a sensitive issue: it was for a Syrian family with five children, one of whom was severely disabled. The Red Cross had housed them previously in Strassen. The institution usually applied a three-year limit on accommodation for its tenants, after which families had to leave the property. In this case, this posed a practical rehousing problem.

A house on Rue des Prés had recently been acquired by the Municipality and had not yet been earmarked for any specific use. It had been refurbished (namely the electrical installations) to make it habitable, and the family had been rehoused there.

The Mayor explained that a new type of lease had been used, which was in line with the Council's current practices. The monthly rent was set according to a

sliding scale and based on the household's income and family composition, taking into account whether children lived in the home or not.

As no questions were raised, the lease was put to the vote.

The Municipal Council unanimously approved it.

5. Adoption of the 2023 and 2024 Riedgen Centre audit reports.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the 2023 and 2024 accounts for the Riedgen Centre. The conclusion was clear: the deficits remained high, at relatively stable levels. In 2023, they amounted to €692,000, of which approximately €256,000 were for reception and the restaurant, and €435,000 for accommodation.

In 2024, the deficit remained at a similar level (€686,000), with a slight decrease in the catering sector but an increase in the accommodation sector. These figures reflected a persistent – almost static – reality, despite the adjustments made.

The Mayor remarked that the recent rent increases were specifically aimed at gradually reducing the portion of the deficit linked to accommodation. He added that there was another trend though: residents were arriving at the Centre later in life, staying for shorter periods, and requiring more care. Accommodating them was justified from a human-centred point of view, but it placed a strain on the Centre's finances.

As to the restaurant and reception facilities, structurally speaking, they were bound to make a loss. With only around forty flats, even if half the residents ate on site, it would not cover the expenses of running the kitchen. The idea of a future CIPA (Integrated Centre for the Elderly) was raised as a solution to achieve the critical mass necessary to improve the situation.

Councillor Marc Fischer (DP) then queried the option of external patronage of the restaurant. He asked whether people from outside the facility ate there and suggested that opening it more widely to the public could help spread the costs. The Mayor replied that outside client numbers were very low, almost negligible.

In the same vein, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) mentioned the visible efforts made to attract people, e.g. menus displayed at the park entrance, but she stressed that it remained insufficient. She also questioned the roles of the recently hired staff and the possibility of further developing the commercial side of the facility.

Councillor Daniel Thein (DP) took a more holistic approach. He welcomed the fact that the accounts were now available for analysis. The fact concrete data had been provided would allow for a better understanding of the scale of the deficit and an assessment of the measures that had been taken thus far.

Councillor Paul Klensch (LSAP) pointed at the lack of communication. In his view, too few residents were aware that the restaurant was open to the public. He said that the original idea was to make it a lively venue, a meeting place at the heart of Riedgen Park. He suggested making better use of this potential, particularly in the context of municipal activities that were already well attended.

The Mayor took note of these comments and announced he was open to revisiting the issue of improving the restaurant's visibility and usage, although those actions alone would not suffice to resolve the underlying problem.

The audit reports for the 2023 and 2024 accounts were adopted unanimously.

6. Approval of an agreement with the Red Cross as part of the LOFT Project.

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented the agreement with the Red Cross as part of the LOFT Project, noting that this was primarily an administrative formality because the project was already well established. She said that the LOFT was a meeting place for families with children aged 0 to 18. The aim was to provide a space in which they felt welcome, could receive advice and make social connections. The Municipality was characterised by its great diversity, and many families lacked a close-knit network. As a result, the LOFT represented a form of gateway to gently rebuild connections.

The project she described was already thriving. Two youth workers were based there and the facility would soon move to a more visible, dedicated space, where it would offer a wide range of activities. Some activities attracted a handful of participants, whereas others were fully booked, e.g. the cookery workshops or themed events. The LOFT was designed to cater for families as a whole: parents would take part in the activities while the children were looked after or involved in the activities themselves. As a result, the LOFT was a space that was both useful and welcoming, and where people connected in a natural fashion.

Alderwoman Anne Arend (CSV) added that the agreement under discussion was necessary because the project did not fall under the tripartite agreement with the State that governed the Maison Relais. It was a municipal initiative that was renewed annually.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) welcomed the initiative and highlighted its importance, particularly for young families who may sometimes feel isolated. However, she stressed the need to promote the scheme more effectively, so that families outside traditional support structures could also access it. She also mentioned the fact that creating links with the Maison des Jeunes (youth club) would be positive, particularly for teenagers.

Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that these ideas were already being explored, particularly through guidance sessions for young people and their families, aiming to help them navigate the complexities of the education system. A number of projects were in the pipeline, although their implementation would take a little more time.

The agreement was adopted unanimously.

7. Approval of an agreement with the Red Cross as part of the NATURE Project.

Alderwoman Anne Arend (CSV) then moved on to the agreement relating to the Maison Relais' NATURE Project. This case was not so much a question of new, visible expenses as it was a matter of human commitment: two people, Mr Javier Benito and Ms Sophie Begel, already ran the project on a day-to-day basis.

She explained that it had arisen from a clear desire to bring children closer to nature and offer them something other than a closed environment. Mr Javier Benito took groups of children to the forest every day. The success of this initiative had been immediate: the bus was always full, the children signed up willingly, and the experience seemed to fulfil a deep-seated need.

However, as Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed, this type of activity fell outside the scope of State funding. The Ministry covered the expense of activities taking place at the Maison Relais itself, but not these trips to the forest. The Municipal Council had therefore opted to cover these costs.

Ms Sophie Begel, on the other hand, worked mainly with the nursery school. She was developing a series of projects centred on gardening, the discovery of plants and the rhythm of the seasons. The Councillor spoke enthusiastically about upcoming projects, notably the installation of a greenhouse near the nursery and which was included in the budget. Building on this, a more ambitious project would take shape with Cycle 4 pupils: growing plants from seed and then selling them at the market. This marked a significant development, as it involved genuine collaboration between the Maison Relais and the school.

The children would also help create a quarterly leaflet about the garden and nature, intensifying their involvement even more.

The project did not stop there. It linked up with the LOFT initiative by means of joint activities such as forest workshops, meditation sessions and even camping overnight in tents. It was no longer just about learning about nature, but about experiencing it together, as a family, in a spirit of rediscovered simplicity.

Mayor Nico Pundel (CSV) added that this agreement was part of a broader trend. The Ministry was increasingly seeking to distinguish between the basic operations of childcare facilities and specific projects developed by local authorities. This provided greater clarity but also meant that the local initiatives had to be governed by separate agreements.

The proposal was adopted unanimously.

8. Adoption of the 2026 Maison Relais tripartite agreement.

Alderwoman Anne Arend (CSV) then introduced the tripartite agreement for the Maison Relais for 2026, immediately highlighting the scale of the sums involved. In essence, however, she pointed out that little had changed compared to previous years: the mechanism remained the same, with the State covering 75% of eligible costs and the Municipality 25%.

She highlighted a few concrete changes. The childcare service voucher ("chèque-service accueil") was once again managed directly by the Municipal Council, which made access to the service easier for residents thanks to extended opening hours. She also mentioned the integration of the "screen-life balance" concept, which had already been in place locally for several years – proof that some of Strassen's practices were ahead of the national framework.

Something else had also caught her attention: the "Zesummen aktiv" programme. She explained that the Municipality had ended up having to explain its model to the Ministry of Sports. Whereas other municipalities organised in-house sports activities at the Maison Relais without any direct link to clubs, Strassen had chosen to integrate the children into the local clubs. The children wore the club's outfits, took part in training sessions and matches, and were fully integrated into community life. This model may be more demanding, but it was also more deeply rooted in community life and had not been anticipated in the State subsidy mechanisms. She implied this was proof that local initiatives sometimes paved new paths that official frameworks had not yet mapped out.

She then returned to the figures, explaining that the amounts shown had to be put into perspective. While the announced municipal contribution exceeded two million euros, non-eligible costs had to be added to said sum (e.g. for specific projects (LOFT, Nature)), as well as higher logistical costs linked to the dispersal of facilities across several sites. She also provided an overview of the current situation: 669 children were enrolled (with a maximum capacity of 708), and the demand was particularly high for pre-school, where

there were still waiting lists, with priority given to the families most in need.

Councillor Nicolas Kandel (DP) welcomed this prioritisation system. He remarked that the Municipality also had a responsibility towards family balance and that the Maison Relais should not take over the role of parents where this could be avoided.

Alderwoman Anne Arend (CSV) agreed. She emphasised this, saying it was a message she conveyed to parents, telling them to use the facility when necessary, but to spend time with their children whenever possible, especially with the younger ones.

Councillor Tun Gierenz (CSV) returned to a more practical issue: food waste resulting from unreported absences. Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the situation had improved significantly. The figures spoke for themselves: the Municipality now stood well below the national average in terms of food waste, proof that the awareness-raising efforts undertaken were bearing fruit.

The discussion then turned to the issue of the children's behaviour. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked whether the disciplinary card system introduced the previous year was still in place and if it was working. Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that there had been a marked improvement. Incidents were rare, the progressive sanctions allowed for dialogue with the parents, and above all, more serious personal circumstances were revealed. She described a system that was not limited to punishment, but that also promoted understanding and adapted support.

The discussion then turned to collaboration between the schools and the Maison Relais. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) suggested a more direct form of information exchange to better support children in difficulty. Alderwoman Anne Arend (CSV) acknowledged the validity of this idea but highlighted its limitations due to professional confidentiality rules and complex personal situations.

Finally, Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) raised the issue of homework support. Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that support was indeed

available, but that participation remained voluntary, thus limiting its effectiveness. She also noted that parents' expectations focused more on other aspects than on homework.

The agreement was adopted unanimously.

9. Adoption of the 2026 Pescher Crèche tripartite agreement.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) then presented the tripartite agreement for the Pescher Crèche for 2026. She went straight into the details, emphasising that the facility had to fulfil several key objectives: promoting inclusion, catering for children with special needs, and actively fostering a multilingual environment. In the local context, above all, this meant helping children learn Luxembourgish while at the same time respecting linguistic diversity.

She explained some of the technical aspects of the document, namely the calculation of full-time equivalents and the working hours framework. Using these figures, she sought to clarify a mechanism that may seem somewhat opaque: these were not actual staff numbers but theoretical figures linked to the hours the children were present at the facility. She pointed out that the Pescher Crèche applied the SAS collective agreement and had approximately 16.8 full-time equivalents. The total cost exceeded two million euros, of which 75% of which was covered by the State and 25% by the Municipality, as was the norm.

She concluded her presentation with a concrete overview of the current situation: the Crèche cared for 64 children spread across the various age groups, and there were no children with special needs to date. The whole operation therefore ran smoothly, with no major changes compared to previous years.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then spoke up to raise a very practical issue: the lack of space for pushchairs. She described everyday scenes where parents had to leave the pushchairs outside in the cold. She remarked that she had already mentioned this and emphasised that the Management was open to finding a solution.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) confirmed that the issue had indeed been flagged and that it was among the improvements under consideration. She mentioned that several works were planned for the spring, although some technical constraints remained, particularly regarding water infiltration in the basement.

Councillor Dan Thein (DP) raised a safety concern. He warned of the risk of overcrowding indoors: leaving pushchairs in the corridors could pose a problem in the event of an evacuation.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) agreed, acknowledging that space was already very limited and that any solution would have to take these constraints into account.

Councillor Paul Klensch (LSAP) then proposed a practical solution: installing a secure outdoor storage system for pushchairs. A pragmatic, almost obvious idea, which could meet both parents' needs and safety requirements.

With no opposition, the agreement was adopted unanimously.

10. Adoption of the 2026 Social Office tripartite agreement.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) then presented the tripartite agreement for the Social Office for 2026. In this case, unlike other schemes, funding was based on a simple split: half from the State, half from the Municipality. The internal organisation had changed slightly with the return of Ms Roxanne Moors on a 75% basis, the retention of Ms Nathalie Feyereisen full-time, and the arrival of Ms Chloé Marotta part-time. These adjustments hinted at a more pressing reality: needs were increasing, and consequently, so was the workload.

She then discussed day-to-day operations, particularly the growing use of social third-party payments. In practice, this meant that the Social Office made advance payments (which were often substantial) for appointments that families could not immediately afford, such as dental or medical care.

She then provided some figures. In one year, there had been 256 applications, 667 visits and over 1,000 administrative procedures. These were related to housing difficulties, financial emergencies and health problems. She placed particular emphasis on housing, which accounted for the lion's share of the applications. The support provided covered everything from security deposits and electricity bills to food vouchers, as well as training and school fees.

She also shared the shocking example of a family that had not received child benefits for a year. Thanks to the intervention of the Social Office and the Ombudsman, over €10,000 were released within two weeks. This was just one case amongst many, illustrating the often invisible yet essential role played by social services.

Finally, she addressed an even more complex situation: that of reference addresses. Some people who lived in informal shared accommodation could not register officially without risking their flatmates losing their social benefits. This forced them to register with the Municipal Council, putting them in a sort of administrative limbo – a fragile situation that was highly revealing of the system's limitations.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked several questions about the housing-related applications and conditions for entitlement. She wanted to know how one could apply for housing without a real address. Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that assistance could only be given to residents of Strassen, but she acknowledged that situations were sometimes unclear and complex, particularly with the new national RENLA database (National Affordable Housing Register), which was still being fine-tuned.

Mayor Nico Pundel (CSV) emphasised that the system was still in development, that neither the municipalities nor the State were fully prepared and that everyone still needed to find their footing in this new setup.

Before putting the matter to the vote, he took a moment to thank the team at the Social Office. He highlighted their growing presence which implied a darker reality: that of increasing precarity, which was slowly but surely gaining ground at the very heart of the Municipality.

The agreement was adopted unanimously.

11. Adoption of the 2026 ONIS (National Social Inclusion Office) agreement.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) concluded the series of agreements to be presented with the one relating to ONIS (National Social Inclusion Office) for 2026, which also concerned social services.

She explained that the arrangement remained largely unchanged: Ms Aldina Ganeto still held the position and her salary was covered under the ONIS (National Social Inclusion Office) scheme. However, an 8.8% increase was planned, linked to indexation and the SAS collective agreement, reflecting a structured and well-regulated sector.

Very quickly, her remarks moved beyond administrative formalities to highlight the reality in the field. She was very positive about Ms Aldina Ganeto's work: she was handling 48 cases in a 20-hour week, compared to the national average of 90 cases for a full-time role. In other words, her caseload already exceeded what would be expected of a full-time position.

She went into detail about the support measures in place. Some beneficiaries were engaged in stabilisation activities, where they rebuilt their lives step by step by taking language classes, doing training, and regaining confidence. Others did community service, rediscovering a routine, finding a place in society and recovering their dignity. Beneficiary profiles were varied and included single women, single-parent families, couples, and isolated men.

Placements were arranged in a variety of organisations such as charities, public institutions, and foundations – all of which served as stepping stones towards a gradual return to work. In the country, there were over 6,600 REVIS (social inclusion income) recipients, divided into different categories: people unfit for work, recipients of ADEM (Agency for Employment Development) benefits, and those supported by ONIS (National Social Inclusion Office). The most represented age group was the 35- to 44-year-olds, which spoke volumes about how vulnerable people were at a mid-career stage of life.

No further discussion followed. Mayor Nico Pundel (CSV) put the agreement to the vote, which was adopted unanimously.

12. Adoption of a pricing regulation for the use of the refreshment bar and the Beim Fräiheetsbam Chalet.

Alderwoman Anne Arend (CSV) raised a very pragmatic point, i.e. finally establishing a pricing table for the use of two rapidly changing municipal venues: the former refreshment bar “Al Buvette” and the Chalet “Beim Fräiheetsbam”.

She explained that this initiative formed part of a broader ongoing project: the drafting of comprehensive regulations for all municipal buildings. However, with the first booking requests already coming in, they had to act fast. At least a baseline price had to be given even if the full table was not yet available. There had to be a simple rule to prevent improvisation.

The idea was clear: to offer “all-inclusive” packages. For the former FC UNA refreshment bar, “Al Buvette”, the rate was set at €300, with a deposit of €500. The venue would be fully equipped with crockery and furniture, and the following day’s cleaning was included in the price. The same principle applied to the Beim Fräiheetsbam Chalet, but on a different scale: €800 for hire and a €1,000 deposit. The higher deposit aimed to ensure the renters took care of the premises. If the Chalet was not clean or tidy upon their departure, the Municipal Council reserved the right to keep some of the deposit.

Councillor Nicolas Kandel (DP) welcomed the initiative and approved of the realistic rates, particularly for the Beim Fräiheetsbam Chalet. He believed the rates were in line with market prices.

Mayor Nico Pundel (CSV) clarified that these rates applied to everyone and no exceptions would be made. He also emphasised the need to prevent the over-commercialisation of the premises. The goal was not to turn these spaces into venues that were constantly rented out, but to preserve their tranquillity and local character, with priority given to residents of the Municipality.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked about the flexibility of opening hours, particularly at weekends. She said that young families living in flats were often short of space and wanted venues to organise children’s birthday parties. The proposed opening hours – particularly from 4 pm onwards – may be too restrictive for that.

The Mayor said that the rules acted as guidelines and that there was room for manoeuvre: adjustments could be made. Everything would depend on the type of event and the context.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the 4 pm start time was primarily intended for weekdays, to accommodate other daytime uses, particularly by schools or community groups. At weekends, however, the matter of opening times could be open to discussion.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) confirmed the reality of the facts brought up with a concrete example: an acquaintance of hers was looking for a venue for a child’s birthday party and was told that the Municipality did not rent out halls – a response which, given the current context, was no longer quite true. She therefore called for greater clarity and flexibility, particularly for families.

Alderwoman Anne Arend (CSV) acknowledged that matters were still a little wobbly: the procedures were new, the services still needed to adapt, and information was not circulating properly. Requests would have to be addressed to the designated contact persons at the Culture Department.

Councillor Daniel Thein (DP) concluded on a lighter note. He was already looking forward to future events – perhaps festivals – that could take place at the Beim Fräiheetsbam Chalet.

The Mayor tempered this with a smile: everything was subject to approval. The item was put to the vote and adopted unanimously.

13. Adoption of a pricing regulation for the participation in art classes.

Mayor Nico Pundel (CSV) then introduced the item concerning a cultural offer that was diversifying and moving beyond its usual framework.

Until now, art-related activities offered by the Municipality were mainly aimed at adults, with a well-established structure, but new formats were emerging, which were more flexible and more dynamic, e.g. open workshops (such as at Haff Schmit) and one-off workshops that did not fit the traditional mould.

There was therefore a need for a simple pricing structure that could adapt to these new formats. The proposal was to charge €10 per hour, €20 for two, and €50 for five.

Councillor Marc Fischer (DP) supported the measure and did not dispute its underlying principle. That said, he returned to a recurring concern: the bigger picture. By adding pricing regulations point by point, he feared a lack of focus without any overarching vision. He asked that a complete list of all existing regulations be drawn up to ensure consistency and avoid omissions.

The Mayor agreed and the item was adopted unanimously.

14. Urban planning:

a) Decision on the exercise of a right of pre-emption

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the case of a plot of land located in the new housing development on Rue Henri Lehnen in Val des Roses. It was a plot of 3.28 ares for sale for approximately €852,000.

The Municipality had a right of pre-emption, but no specific project was planned for the plot. Considering this fact, the College of the Mayor and Alderwomen proposed not to exercise this right.

There were no questions and the decision not to exercise the right of pre-emption was adopted unanimously.

b) Decision on the launch of the procedure for a specific amendment to the “Rue de l’Industrie – Rue du Cimetière” General Development Plan (PAG)

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the area was classified as an economic zone in which only commercial activities were permitted. Considering the location of the site (right next to an existing urban area), that classification was no longer appropriate.

The proposed amendment aimed to transform the area into a mixed-use zone, permitting both housing and economic activities. The project specifically provided for a minimum of 25% housing and 10% non-residential activities, with the possibility of incorporating various types of buildings, such as shops, nurseries or a hotel. The buildable areas remained unchanged, but the intended use of the buildings would be more flexible.

As part of this reclassification, a requirement for 20% affordable housing was introduced. The site layout planned for a concentration of commercial activities along Rue de l’Industrie, with the residential areas at the rear, with reduced density and building heights. A traffic study had been carried out and concluded that traffic would increase, but to an amount deemed acceptable.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) took the floor to express her reservations. She made it clear from the outset that she was not opposed to development or housing but emphasised the need for a holistic vision. She pointed to the number of projects that had already been authorised or that were underway and warned against rapid population growth, which would have significant consequences for the municipal infrastructures, particularly schools, the Maison Relais, and sports facilities.

She insisted on the importance of a comprehensive analysis of the General Development Plan (PAG) and proposed setting up a large-scale projects committee to give all councillors a clear picture of both current and future developments. She also underscored a fairness issue between landowners: some plots would remain subject to the deferred zone regime, preventing their development, while other projects would not. She queried the message this would send and said there may even be legal challenges.

Mayor Nico Pundel (CSV) responded by acknowledging the complexity of the situation. He pointed out that deferred zone classifications had always been sensitive and were partly the object of arbitrary decisions, imposed

mainly by higher-level requirements. He added that the Municipality was making decisions regarding private land, which made the process particularly delicate.

He explained that the project under discussion was part of a process that has been underway for several years and did not concern land in a deferred zone. In his view, the proposed reclassification made sense given the site's location, as it was already integrated into the urban fabric. He insisted that the Municipality could not indefinitely prevent the development of building land.

He nevertheless conceded that there were limitations to the current model, citing the pressure exerted by national development policies around the capital. He said that the Municipality's growth was largely determined at a higher level and that room for manoeuvre was limited on Strassen's side.

Councillor Marc Fischer (DP) supported the call for a comprehensive vision and highlighted the financial and organisational implications of development. He specifically mentioned the necessary investments in infrastructure and the need to preserve quality of life. He called for better coordination with government departments, particularly regarding transport.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that discussions were taking place with the ministries but admitted that the results did not always live up to expectations. He confirmed that a comprehensive presentation of the projects would be organised to provide an overview of the Municipality's development.

Councillor Laurent Braun (CSV) asked a technical question regarding the existing facilities on the site, particularly the old reservoirs. The Mayor confirmed that some activities had ceased and that this simplified the future development of the site.

Councillor Daniel Thein (DP) enquired about the future of the businesses operating in the area. The Mayor explained that some were already in decline or operating under a lease. Changes would take place gradually, depending on the owners and opportunities.

Councillor Marc Fischer (DP) returned to the issue of maintaining economic activity and asked whether

the Municipality could relocate the businesses. The Mayor mentioned other areas under development that intended to accommodate economic activity, and clarified that these would not be large industries, but rather small and medium-sized enterprises.

In conclusion, despite the reservations expressed and calls for a comprehensive review, the Mayor maintained the proposal to initiate the procedure, believing that a postponement would not alter the substance of the matter.

The initiation of the procedure for the specific amendment to the General Development Plan (PAG) was adopted unanimously.

15. Any other business.

Councillor Laurent Braun (CSV) asked a question regarding fire safety, referring to the recent incident in Crans-Montana. He enquired about the distribution of responsibilities regarding fire safety, particularly in municipal buildings leased to private operators or in private establishments on municipal land. He asked whether this responsibility lay with the Municipality or with other bodies such as the ITM (Labour and Mines Inspectorate).

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that for municipal infrastructures, a safety officer was tasked with drawing up the necessary plans and distributing responsibilities. The College of the Mayor and Alderwomen relinquished operational responsibility, which fell to the on-site operators. For private establishments, he explained that responsibility lay primarily with the operators themselves, following the granting of permits and initial inspections. The Municipality had no general ongoing supervision duties, except in cases where a clear danger was identified.

Councillor Paul Klensch (LSAP) spoke in support of this proposal. He suggested that the Municipality adopt a clear stance by banning the use of pyrotechnics in municipal buildings, particularly in the venues which had been recently mentioned, e.g. the former "Al Buvette" refreshment bar or the Beim Fräiheitsbam Chalet. He also suggested extending this policy to private establishments operating on municipal land to enhance safety and send a clear message to the public.

Councillor Nicolas Kandel (DP) then raised the issue of farewell ceremonies at the Paul Barblé Cultural Centre. He highlighted that the current and future capacity of the mortuary was limited, which could pose a problem in the case of higher numbers of attendees. He asked whether organisational solutions could be considered, for example by booking specific time slots.

Mayor Nico Pundel replied that, to date, solutions had always been found on a case-by-case basis without any major difficulty. He indicated that there were no plans to formalise this process any further, believing that the current flexibility was adequate.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) raised several points. First, she drew the participants' attention to a road safety issue on Route d'Arlon relating to a relocated bus stop and the lack of a nearby pedestrian crossing. This presented a risk for road users, particularly children and the elderly. She called for action to be taken by the National Roads Administration.

She then mentioned a suggestion from the Youth Committee regarding a visit to the European institutions and proposed the "Europa Experience" centre in Kirchberg as a simpler alternative.

Finally, she addressed the issue of SIGI (Intermunicipal IT Management Association) related to rising costs and staffing levels, as well as the lack of transparency regarding certain decisions (e.g. creation of posts, bonuses and allowances).

Mayor Nico Pundel (CSV) said he shared some of her concerns regarding the operation of SIGI. He mentioned that he had initiated discussions and highlighted a lack of clarity regarding its strategic direction.

Councillor Paul Klensch (LSAP) confirmed that committee members were not informed in advance of some recent decisions, namely the creation of a deputy director post. That said, he explained that SIGI was seeking to bring previously outsourced functions in-house, which could explain the increase in staff numbers.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) raised a specific issue concerning staff at the Maison Relais who gathered and smoked outside a bakery during their

breaks, which she deemed inappropriate. She suggested considering a designated smoking area for them.

The Mayor acknowledged the problem and admitted that no satisfactory solution had yet been found.

Councillor Marc Fischer (DP) first referred to a meeting with the Ministry of Mobility and asked whether the opportunity had been seized to raise the issue of Route d'Arlon.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the discussions had been unproductive, with the Ministry indicating that no progress had been made on several issues. He referred in particular to the tram and cycle infrastructure project, highlighting a lack of concrete progress.

Councillor Marc Fischer (DP) emphasised the need for a firmer stance towards the State, advocating for a more balanced approach to negotiations. The Mayor agreed and suggested sending an official letter to restart the dialogue with the Minister.

Councillor Marc Fischer (DP) then asked whether there had been any update regarding the listing or protection of Rue des Carrières. The Mayor confirmed that no new information had been received.

The Councillor then asked about the former fire station and enquired about its progress. The Mayor responded that there had been no progress to report and highlighted a deadlock regarding legal responsibilities, as no clarification had been provided at this stage.

Finally, Councillor Marc Fischer (DP) returned to the issue of the volume of time-saving accounts (CET) held by municipal staff. He expressed concern about their potential financial impact. The Mayor agreed that it was high and said he wanted to stabilise the situation.

Alderwoman Anne Arend (CSV) pointed out that an average of 327 hours per employee had been recorded and that measures had been introduced to encourage staff to limit these amounts and take them back. The Mayor added that stricter compliance with labour legislation now allowed for better time management.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) mentioned several practical concerns: the school bus was often

late there were visibility and lighting problems at some pedestrian crossings, which she considered dangerous.

Councillor Nicolas Kandel (DP) suggested innovative solutions such as improved lighting at pedestrian crossings. Trials had already been undertaken in other municipalities.

Councillor Paul Klensch (LSAP) first referred to a speech made in October 2025 concerning the national “LëtZ Prepare” scheme and the need for a municipal crisis management plan. He asked where the Municipality stood in terms of resilience, particularly in the face of risks such as disruptions to the water supply, cyberattacks or major fires.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that a resilience plan was being drafted. He explained that Strassen was drawing inspiration from other municipalities. Work was currently underway at the administrative level to provide a structure for this framework.

Councillor Paul Klensch (LSAP) then returned to the December budget meeting and the motion adopted in favour of the digitalisation of the Municipal Council. He spoke about the IT equipment issue, noting that councillors mainly used their personal devices for work. He asked whether the Municipality planned to provide suitable professional tools.

Mayor Nico Pundel (CSV) said that in principle, he was open to the idea, but that he favoured a flexible approach. He proposed gauging the councillors’ individual needs to avoid unnecessary purchases, believing that a tailor-made solution would be most appropriate.

In his third point, Councillor Paul Klensch (LSAP) raised the issue of the State’s purchase of land intended for an international school. He asked whether the College of the Mayor and Alderwomen had any further information.

The Mayor confirmed that the Council already knew about this plot and had approved the Special Development Plan (PAP) attached to it. It would only need to be slightly amended to accommodate the international school.

Finally, Councillor Paul Klensch (LSAP) asked about the recent exceptional closure of the thermal baths, which had caused some concern among users.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that it was simply the annual closure linked to the staff’s New Year’s Day lunch.

Councillor Paul Klensch (LSAP) mentioned a problem regarding lighting near the site. The Mayor took note of it, stating that an inspection would be carried out.

16. Staff matters:

a) Decision regarding a request for a shortened induction period

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the item, explaining that Ms Fabienne Wampach had submitted a request to reduce her induction period. He noted that she had been working for the municipal administration services for a year and had significant prior experience in HR.

He said she was well integrated and highlighted her reliability, responsiveness and ability to process new materials quickly. In his view, he thought her application was justified. The College of the Mayor and Alderwomen therefore saw no obstacle to granting a one-year reduction in her induction period.

The decision was adopted unanimously.

b) Amendment to the Regulation on cash loss compensation

Mayor Nico Pundel (CSV) then presented an amendment to the Regulation on cash loss allowances. This amendment followed internal staff changes within the Revenue Department. He explained that some staff members who were newly assigned to the Department would become eligible for this allowance. Conversely, staff members who had left those roles were no longer covered. He also added that Ms Sylwia Wasyluk, following a transfer to the reception desk, was now covered by the scheme.

The amendment to the Regulation was adopted unanimously.

c) Decision regarding a request for retirement (in camera)

In a closed-door session, the councillors discussed a request for retirement from a municipal employee.



COMMUNE DE
Strassen

